

UNSER HAMBURG: STARK UND SOLIDARISCH

SPD-Regierungsprogramm für Hamburg

Stand: 12. Januar 2011

PRÄAMBEL

Die Lage ist eindeutig:

Hamburg hat genug von halbfertigen Plänen und unausgereiften Experimenten.

Hamburg muss ordentlich regiert werden.

Hamburg benötigt einen SPD-geführten Senat.

Hamburg braucht einen Ersten Bürgermeister Olaf Scholz.

Wir streben nicht in erster Linie nach dem Wünschenswerten, sondern wir wollen das Machbare schaffen. Deswegen legen wir ein Regierungsprogramm vor, das wir eins zu eins umsetzen wollen. Wir versprechen nur, was wir auch halten können. Wir werden uns mit Leidenschaft und mit Augenmaß daran machen, das Leben in unserer Stadt für alle, die hier leben, Stück für Stück zu verbessern.

Statt plötzlicher Kurswechsel braucht unsere Stadt langfristige Klarheit.

Statt ideologischer Auseinandersetzungen braucht unsere Stadt pragmatische Vernunft.

Statt unseriöser Politik braucht unsere Stadt politische Verantwortung.

Unser Realismus bedeutet nicht, dass wir auf Visionen für Hamburg verzichten. Wir werden Hamburg nicht verwalten, sondern stärken und voranbringen. Wir werden Hamburg weiterdenken. Und wir werden den sozialen Zusammenhalt wieder stärken. Der ist in den letzten Jahren verloren gegangen.

Hamburg ist ein Stadtstaat. Weil Hamburg Gemeinde und Staat zugleich ist, können wir eigene Wege gehen, um auf die Herausforderungen unserer Zeit zu reagieren. Wir müssen nicht auf die ganze Bundesrepublik Deutschland warten. Wir können die Probleme einer deutschen Metropole eigenständig - als Stadt und Land zugleich – in Angriff nehmen. Unsere Stadt ist schließlich immer auch ein Versprechen für eine bessere Zukunft gewesen.

In Zeiten finanzieller Beschränkungen braucht es Entschlossenheit und Kreativität. Auch mit knappen Kassen lässt sich gestalterische Politik machen, wenn der Wille dazu da ist. Und Gerechtigkeit kann auch unter engen finanziellen Rahmenbedingungen Maßstab politischen Handelns sein. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben in der Vergangenheit oft bewiesen, dass wir mit herausfordernden Situationen umgehen können. Die großen sozialdemokratischen Bürgermeister standen fest, wenn die Zeiten schwierig waren. Olaf Scholz wird als Erster Bürgermeister in ihrer Tradition stehen.

Wir haben die Stadt geprägt. Als Hamburg-Partei haben wir die wirtschaftlich starke, liberale und solidarische Tradition der Stadt begründet. Wir wissen um dieses Erbe und sehen es als Auftrag und Verpflichtung unserer Politik. Hamburg muss zu einer Metropole werden, die wirtschaftliche Kraft, innovative Stärke und finanzpolitische Solidität mit sozialem Ausgleich verknüpft.

Unser Hamburg wird stark und solidarisch sein.

SOLIDE FINANZEN

Ein SPD-geführter Senat wird die zerrütteten Finanzen der Stadt in Ordnung bringen. Im abgelaufenen Jahr betrug der Schuldenstand in Hamburg 24,5 Milliarden Euro. Der Senat hat in den vergangenen Jahren immer mehr Geld ausgegeben als eingenommen. Hamburg ist mit einem Schuldenstand von 13.748 Euro pro Einwohner eines der am höchsten verschuldeten Bundesländer. 11 Prozent der Einnahmen (eine Milliarde Euro pro Jahr) werden derzeit für Zinsen ausgegeben.

Wir können nicht länger auf Kosten der kommenden Generationen leben. Wir müssen daher bereit sein, uns auf das Notwendige und Machbare zu konzentrieren. Unser Ziel ist ein Ende der Neuverschuldung.

Im Mittelpunkt steht unsere Strategie des Konsolidierens und Investierens. Wir können konsolidieren, indem wir sparsam mit den Steuergeldern umgehen und zugleich Wachstum und Beschäftigung stärken. In Hamburg muss zielgerichtet investiert werden: in die Hafeninfrastuktur, in Straßen und Grünanlagen, Schulen und Hochschulen.

Der Anstieg der laufenden Ausgaben muss jedoch begrenzt werden. In den letzten beiden Jahren hat der Senat die Betriebsausgaben um 1 Milliarde Euro erhöht. „Spare in der Zeit, dann hast du in der Not.“ Dieser Grundsatz muss auch für den Hamburger Haushalt gelten. Wir sparen nicht um des Sparens Willen. Wir sparen intelligent mit einer vorausschauenden Finanzpolitik des „Pay as you go“, wie es der ehemalige Präsident Clinton in den USA erfolgreich umgesetzt hat. Nach diesem Prinzip wird ein neues Gesetz oder Vorhaben nur beschlossen, wenn zugleich entschieden wird, wie die damit verbundenen Kosten finanziert werden.

Unsere Finanzpolitik setzt auf Stetigkeit und Berechenbarkeit. Daher wollen wir eine Finanzplanung bis zum Jahr 2019 entwickeln und unsere Politik danach ausrichten. Hamburg soll zum Vorbild für finanzpolitische Solidität in Deutschland werden. Unser Ziel ist es, bis 2019 einen strukturell ausgeglichenen Haushalt zu erreichen und ab dann dauerhaft keine neuen Schulden mehr zu machen. Damit setzen wir die Schuldenbremse des Grundgesetzes um und sorgen für Generationengerechtigkeit.

Privatisierungen lösen keine strukturellen Haushaltsprobleme. Sie verschaffen kurzfristig Luft, auf Dauer führen sie aber zu höheren Ausgaben und verschlechtern die Möglichkeiten der Stadt, die Daseinsvorsorge ihrer Bürger vernünftig zu gestalten.

Unmittelbar nach Regierungsübernahme werden wir einen Kassensturz vornehmen. Wir sagen aber schon jetzt offen und ehrlich: Nicht alles, was wünschenswert ist, ist auch finanzierbar.

Die finanzpolitischen Rahmenbedingungen des Hamburger Haushaltes werden weitgehend durch die Bundesgesetzgebung festgelegt. Wir wissen, dass ein gerechteres Heranziehen großer Vermögen und sehr hoher Einkünfte auch Hamburg ermöglichen würde, seine kommunalen und Landesaufgaben besser zu bewältigen. In Hamburg werden wir eine ausreichende Zahl gut ausgebildeter Steuerprüfer einen vollständigen Steuervollzug sicherstellen. Und uns ist angesichts der angespannten Finanzlage auch klar: Hamburg muss sich einer Gefährdung seiner Einnahmen durch die Bundesgesetzgebung widersetzen.

STARKE WIRTSCHAFT

Die Hamburger Wirtschaft ist in vielen Branchen erfolgreich. Und Hamburgs Wirtschaft ist global vernetzt. Getragen wird sie von einem starken Mittelstand und von leistungsfähigen großen Unternehmen, von einem bedeutenden industriellen Sektor - und von denen, die in diesen Unternehmen arbeiten. Hamburgs wirtschaftlicher Erfolg ist immer noch eng mit dem Hafen verknüpft. Hafen ist Hamburg. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wissen: Der Hamburger Hafen ist nicht irgendein Ort. Er ist Innovationsmotor für unsere Stadt.

Innovative Wirtschaft mit vielen Branchen

Hamburg verfügt über wachstumsstarke und innovative Branchen und hat damit auch die Chance einer über dem Bundesdurchschnitt liegenden Wachstumsdynamik. Vorausschauende Politik muss die breite Aufstellung unserer Wirtschaft erhalten. Entwicklungspotenziale sind zu nutzen.

Wir werden uns um alle Zweige der Hamburgischen Wirtschaft kümmern, um den Mittelstand und die großen Unternehmen, das Handwerk, unternehmensbezogene Dienstleistungen, die Industrie, die Luftfahrt, Schifffahrt, Maschinen-, Anlagen- und Fahrzeugbau, Maritime Industrien, Handel, Logistik, IT, Medien mit vielen bedeutenden Unternehmen, die soziale Netzwerke betreiben, Life Sciences und Gesundheitswirtschaft, Energie, Finanzwirtschaft mit Banken und Versicherungen, Tourismus und Landwirtschaft.

Hamburg als die Stadt mit Schwerpunkten bei Handel und IT hat das Potenzial die Hauptstadt des E-Commerce zu werden. Die Potenziale mancher Wirtschaftsbereiche sind erst im Anfangsstadium einer dynamischen Entwicklung. Das gilt etwa für die Erneuerbaren Energien – hier müssen die zahlreich in der Stadt vorhandenen Zentralen der Unternehmen eng mit Forschungseinrichtungen und Produktionsstandorten, auch in den Nachbarbundesländern, verzahnt werden – oder die Möglichkeiten der Gesundheitswirtschaft. Und wir wollen das Standortmarketing für Hamburg professionalisieren.

Wir brauchen eine neue Kultur der Selbstständigkeit in Hamburg. Klar ist aber auch: Wenn wir junge und neue StartUps wollen, müssen wir wissen, dass hohe Wohnungsmieten zukünftige Unternehmerinnen und Unternehmer aus unserer Stadt vertreiben, bevor sie überhaupt bei uns beginnen können. Wir werden uns auch um die Arbeitsbedingungen der modernen Selbstständigen kümmern und z.B. das CoWorking als ein Modell der Zusammenarbeit unterstützen.

Den von uns ursprünglich auf die Agenda gesetzten Masterplan Industrie werden wir weiterentwickeln und mit einer Fachkräftestrategie verbinden, denn Hamburg ist auch eine erfolgreiche Industriestadt. Diese Grundlage unseres Wohlstandes wird zu oft vergessen.

Für eine gute wirtschaftliche Entwicklung brauchen die Unternehmen eine verlässliche Energiepolitik. Die stromintensiven Hamburger Unternehmen sind im Vergleich zu ihren internationalen Konkurrenten klimapolitisch vorbildlich. Wir werden uns dafür einsetzen, dass sie in Hamburg auch künftig die Bedingungen vorfinden, die sie benötigen, damit sie im internationalen Wettbewerb bestehen können.

Ausbau des Hamburger Hafens

Der Hamburger Hafen hat nicht umsonst Verfassungsrang. Er ist ein industrieverbundener Universalhafen mit einem Schwerpunkt im Containerumschlag. Der Hafen und die mit ihm verbundene Wirtschaft entrichten erheblich höhere Steuern als Ausgaben für die öffentliche Infrastruktur nötig ist. Deshalb muss sich der künftige Hamburger Senat wieder mehr um den für Wirtschaftskraft und Arbeitsplätze wichtigen Hafen kümmern. Das rechnet sich.

Wir werden die notwendige Fahrrinnenanpassung der Unter- und Außenelbe vorantreiben, damit der Hamburger Hafen auch in Zukunft eine der ersten Adressen im globalen Schiffsverkehr bleibt.

Wir gewährleisten mehr Planungssicherheit. Wirtschaft und Arbeitnehmerschaft brauchen Klarheit und Verlässlichkeit. Wir machen eine Hafenenwicklungsplanung, die von Anfang an den Sachverstand und die Ideen der Hafenwirtschaft einbezieht. Ein Hafenenwicklungsplan muss mehr sein als ein Strategiepapier und verlässliche Planungsdaten enthalten.

Wir geben unserem Hafen wieder eine verlässliche Finanzierungsgrundlage und beenden endgültig die schwarz-grüne Ideologie „Hafen finanziert Hafen“. Der Hafen steht in Konkurrenz zu anderen Häfen in Europa und der Welt. Die Infrastruktur der vergleichbaren Häfen wird in den entsprechenden Städten und Ländern auch als öffentliche Aufgabe gesehen und finanziert. Überhöhte Gebührensätze verschlechtern die Wettbewerbsfähigkeit. Während die Nutzung spezifischer Hafenanlagen grundsätzlich kostenpflichtig sein muss, gilt das nicht gleichermaßen für die öffentliche Infrastruktur.

Die europäischen Pläne für ein Port Package III stellen erneut eine Bedrohung der Planungs- und Investitionssicherheit der Hafenunternehmen sowie der Arbeitsplätze und Tarifbedingungen der Arbeitnehmer im Hafen dar. Wir werden in einer Allianz der norddeutschen Häfen gegen diese Pläne vorgehen.

Bündnis für den Mittelstand

Mit einem Bündnis für den Mittelstand wollen wir insbesondere auch kleine und kleinste Unternehmen unterstützen. Dazu werden wir mit den Kammern auf der Basis einer Mittelstandsvereinbarung gemeinsam handeln.

Eine zentrale Rolle spielt dabei das Hamburger Handwerk. Wir wollen mit der Handwerkskammer eine gemeinsame Strategie zur Stärkung des Hamburger Handwerks entwickeln. Das gilt auch bei der Vergabe öffentlicher Aufträge. Wir wollen die Möglichkeiten kleiner Lose nutzen und bei der Vergabe öffentlicher Aufträge das Handwerk vor unseriösen Anbietern und vor Lohndumping schützen, indem wir auf Tariftreue und Mindestlöhne achten.

Die Eigenkapitalquote ist gerade bei kleineren Unternehmen oft gering, was schnell Existenz bedrohend werden kann. Wir werden in Kooperation mit Wirtschaft und Banken prüfen, ob das Bürgschaftsprogramm „Feuerwehrfonds“, das im Rahmen des Konjunkturprogramms aufgelegt wurde und ausläuft, weiterentwickelt und neu aufgelegt werden kann.

Kleine Unternehmen verfügen oft weder über Kapazitäten, Know-How und über die Kontakte zu Forschungseinrichtungen, um sich mit Förderprogrammen auseinander setzen zu können. Kleine Unternehmen, die über die Region hinaus und zum Teil auch international agieren, brauchen Unterstützung bei Marketing und Messebeteiligungen.

Wir wollen die Vergabe von Förderprogrammen, Krediten und Bürgschaften durch die Gründung einer Investitionsbank verbessern. Alle Förderprogramme müssen auf ihre Wirksamkeit hin überprüft und entsprechend weiterentwickelt werden.

Bei der Sicherung der Unternehmensnachfolge braucht ein Teil der kleinen und mittleren Unternehmen Beratung und Begleitung in der Übergangsphase.

Immer mehr Frauen gehen in die Selbstständigkeit. Deshalb wollen wir die Bedingungen bei Existenzgründungsprogramm auch auf das Gründungsverhalten von Frauen angleichen.

Aktives Gewerbeflächenmanagement

Hamburg braucht auch in Zukunft einen Vorrat an gut erschlossenen Gewerbe- und Industrieflächen unterschiedlicher Qualität. Viele weisen erhebliche Vermarktungshemmnisse auf. Es gibt Brachflächen und zugleich einen sich beschleunigenden Verlust von Industrie- und Gewerbeflächen. Hamburg braucht eine aktive, an der Nachfrage orientierte, strategische Steuerung. Wenn die Stadt enger zusammenrückt und die Arbeitsplätze in der Stadt

bleiben sollen, müssen die Nachbarschaft von Gewerbegebieten und anderen Nutzungen neu organisiert werden. Hamburg braucht ein Gewerbeflächenentwicklungsprogramm. Allerdings darf sich ein aktives Gewerbeflächenmanagement nicht auf Ausweisung neuer Gewerbegebiete beschränken. Flächenrecycling, Nutzungsintensivierung und Brachflächenaktivierung spielen in Zukunft ebenso eine größere Rolle wie die Qualifizierung bestehender Gewerbeflächen.

Dabei sind die differenzierten Anforderungen der unterschiedlichen Wirtschaftszweige zu berücksichtigen. Quantitativ bleibt die Logistik auch außerhalb des Hafens der größte Flächennachfrager. Das produzierende Gewerbe, Forschung und Entwicklung und die damit verbundenen Dienstleistungen arbeiten enger zusammen. Die Erreichbarkeit für die Kunden und das Umfeld für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gewinnen an Bedeutung. Der Trend, Arbeitsplätze nicht mehr in den städtischen Bereichen zu halten, kann daher umgekehrt werden.

Dies gilt besonders für Handwerksunternehmen, die in den verdichteten innerstädtischen Bereichen, in denen sie eine Vielzahl ihrer Dienste erbringen, kaum noch geeignete Flächen finden. Wir wollen innerstädtische Flächen für Gewerbe- und Handwerkerhöfe bereitstellen. Eine Agentur für Handwerks- und Gewerbegemeinschaften soll Handwerker und Gewerbetreibende beim Bau von gemeinsamen Gewerbehöfen unterstützen. Solche Gewerbehöfe helfen auch Existenzgründern, wenn sie preisgünstige Mieten aufweisen. Das Gewerbeflächeninformationssystem muss weiter ausgebaut werden.

Bürokratiekosten senken: Verwaltung als Partner der Wirtschaft

Bundes- und EU-Recht schaffen heute ein komplexes und hoch reguliertes Umfeld für Unternehmen. Die Art und Weise wie die Hamburger Verwaltung damit umgeht, hat wesentlichen Einfluss auf die Qualität des Wirtschaftsstandortes Hamburg. Es geht um klare Verantwortlichkeiten, zeitnahe und transparente Handhabung von Genehmigungsverfahren und verlässliche Entscheidungen.

Als entscheidende Ansprechpartner für die Wirtschaft sind deshalb die bezirklichen Zentren für Wirtschaftsförderung, Bauen und Umwelt auszubauen, zu stärken und zu qualifizieren. Fall- und Verfahrensmanager sollen sich als Partner der Wirtschaft verstehen und den bürokratischen Aufwand für die Unternehmen minimieren.

Neben den Dienstleistungszentren kann auch elektronischer Zugang zur Verwaltung Bürokratiekosten vermindern. Wir wollen im Rahmen der E-Government-Strategie die notwendigen Verwaltungsprozesse schnell und unbürokratisch organisieren.

Hamburgs Wirtschaft braucht kreative und gut ausgebildete Fachkräfte

Hamburg braucht kluge Köpfe. Damit Hamburg für sie attraktiv bleibt, müssen Bildung und Wissenschaft erstklassig sein. Menschen kommen nach Hamburg, um hier zu leben, zu lernen und zu arbeiten. Wir brauchen kreative Milieus und urbane Qualitäten. Hamburg braucht Initiativen zur Stärkung naturwissenschaftlicher und technischer Fächer in den Schulen und Initiativen, die die Faszination von Naturwissenschaft und Technik vermitteln. Bei der Bindung von Fach- und Führungskräften spielt familienfreundliche Gestaltung des Arbeitslebens eine besondere Rolle. Dabei müssen Initiativen der Wirtschaft (z.B. flexible Arbeitszeitmodelle) und die öffentlichen Angeboten (z.B. Kindertagesbetreuung) aufeinander abgestimmt werden. Außerdem müssen für Fach- und Führungskräfte aus Wirtschaft und Wissenschaft institutionsübergreifende Dual-Career-Fördermodelle entwickelt werden, bei denen auch dem Lebenspartner oder der Lebenspartnerin in Hamburg oder in der Region ein Angebot gemacht wird. Hamburg braucht eine Fachkräftestrategie. Wir werden ein Fachkräftemonitoring für Hamburg entwickeln. Dazu müssen wir die Ausbildungs- und Qualifizierungsbedarfe für die einzelnen Branchen kurz und mittelfristig analysieren.

Innovationskraft der Wirtschaft stärken

Die Stärke der Hamburger Wirtschaft liegt in ihrer Innovationskraft. Wissen ist die Basis für neue Produkte und Dienstleistungen und damit der Schlüssel zur Wettbewerbsfähigkeit. Mit der zunehmenden Spezialisierung der einzelnen Unternehmen gewinnt die Vernetzung von Wissen und Unternehmen und in diesem Zusammenhang der Technologietransfer an Bedeutung. Die vorhandenen Ansätze müssen weiterentwickelt und klarer strukturiert werden. Eine Innovationskontaktstelle kann den Austausch zwischen Unternehmen und Hochschulen ebenso verbessern wie gemeinsame Forschungs- und Kooperationsflächen (Stichwort Forschungscampus) von forschenden Gewerbeunternehmen und Hochschulen.

ARBEIT

Arbeit ist die Grundlage unseres Wohlstandes. Wer sich Mühe gibt, muss damit sein Leben verbessern können und darf nicht auf unüberwindbare Hürden stoßen. Wir stehen solidarisch füreinander ein und helfen deshalb denen, die nicht mit Arbeit allein ihr Leben bestreiten können. Unser Ziel ist gute Arbeit. Sie muss fair bezahlt sein, darf nicht krank machen, muss

Möglichkeiten zur Weiterbildung eröffnen und familienfreundlich und altersgerecht gestaltet sein.

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat gezeigt, wie wichtig ein funktionsfähiger Sozialstaat ist. Er ist und bleibt wichtiger Grundpfeiler der sozialen Marktwirtschaft. Funktionsfähiger Sozialstaat und marktwirtschaftliche Ordnung ergänzen sich.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen, dass alle Menschen Arbeit haben. Wir haben gerade in der Wirtschafts- und Finanzkrise verantwortungsbewusst gehandelt. Es ist der vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen Sozialpartnern, Politik und dem Bundesarbeitsminister Olaf Scholz zu verdanken, dass durch die massive Förderung von Kurzarbeit Beschäftigte im Unternehmen gehalten wurden. Davon profitieren derzeit sowohl die deutsche als auch die Hamburger Wirtschaft.

Schon jetzt haben aber auch in Hamburg einige Unternehmen Probleme, ausreichend qualifizierte Fachkräfte zu finden. Angesichts der demografischen Entwicklung und des Fachkräftebedarfs gilt für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Hamburg: Kein Talent darf verloren gehen – egal welcher Herkunft, ob jung oder alt.

Wir wollen eine Qualifizierungs- und Vermittlungsinitiative, um auch denjenigen eine Chance zu geben, die es bisher besonders schwer hatten eine Arbeit zu finden, von der sie ihren Lebensunterhalt sichern können. Insbesondere Alleinerziehenden ist der Zugang zum Arbeitsmarkt zu erleichtern. Hierzu gehören ein bedarfsgemäßes, verlässliches, bezahlbares sowie gutes Betreuungsangebot – sowohl für Klein- als auch für Schulkinder -, Arbeitszeitmodelle, die die besondere zeitliche Situation von Alleinerziehenden berücksichtigen und gemeinsam mit Unternehmen und den Kammern entwickelt werden, mehr Teilzeitausbildungen in Berufen, in denen nach Beendigung der Ausbildung eine Existenz sichernde Berufstätigkeit möglich ist und eine bessere Verzahnung aller mit der Thematik befassten Stellen. Noch immer haben Frauen mit Kindern schlechtere Karrierechancen, oft auch, wenn obwohl sie überdurchschnittlich qualifiziert sind.

Wir setzen uns für faire Löhne, gute Arbeitsbedingungen, einen gesetzlichen Mindestlohn und gegen den Missbrauch von Leiharbeit ein. Die Stadt Hamburg muss ihrer Vorbildfunktion gerecht sein. Hierfür wollen wir die Hamburger Vergabep Praxis ändern. Gute Arbeit muss in städtischen Unternehmen, bei Zuwendungsempfängern und bei Unternehmen, die Aufträge von der Stadt erhalten, endlich selbstverständlich sein.

Falsche Entscheidungen in der Arbeitsmarktpolitik des Bundes sind in Hamburg nicht zu kompensieren. Die Einsparungen der Bundesregierung von CDU und FDP bedeuten allein für Hamburg einen Wegfall von über 50 Millionen Euro in diesem Jahr. Bald steht in Hamburg fast nur noch die Hälfte der Mittel zur Verfügung, die im Jahr 2010 verfügbar war. . Wir werden den zwar geringen, aber dennoch vorhandenen Spielraum eines Stadtstaates in der Arbeitsmarktpolitik nutzen und vor allem die Qualität der Vermittlung weiter steigern. Dazu werden wir mit der Arbeitsagentur und team.arbeit Hamburg zielgerichtete Vereinbarungen treffen. Wir wollen die Zahl der Langzeitarbeitslosen reduzieren. Die größte Herausforderung der kommenden Jahre wird sein, allen jungen Leuten in unserer Stadt eine Job-Perspektive zu eröffnen. Wir wollen dafür sorgen, dass sie später auf eigenen Füßen stehen und ohne auf fremde Hilfe angewiesen zu sein, selbstständig durch das Leben gehen können.

VERKEHRSWEGE IN DIE ZUKUNFT

Hamburg ist Metropole, Logistikzentrum und Hauptverkehrsknotenpunkt in Norddeutschland. Leistungsstarke Verkehrsinfrastrukturen sind daher die Lebensadern des Wirtschaftsstandortes und des Arbeits- und Wohnortes Hamburg.

Ausbau der Verkehrsinfrastruktur in Hamburg

Hamburg ist eine dynamische Stadt. Bedürfnisse und Verkehrsströme ändern sich ständig. Verkehrspolitik muss diesen Wandel erkennen und vorausschauend planen. Grundlage dafür ist der Verkehrsentwicklungsplan Hamburg. Der letzte stammt jedoch aus dem Jahr 2000. Wir werden einen neuen Verkehrsentwicklungsplan erarbeiten, der die Verkehrsinfrastruktur sowie die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger und der Wirtschaft berücksichtigt und aufnimmt.

Wesentlicher Bestandteil der Verkehrsinfrastruktur ist ein intaktes Straßennetz. Um dieses mit einem klugen Mitteleinsatz in einem guten Zustand zu erhalten, brauchen wir ein funktionierendes und kostenbewusstes Straßenerhaltungsmanagement, das über ausreichend finanzielle Ressourcen verfügt.

Eine gute Anbindung des Hamburger Hafens an das Straßennetz ist für den Logistikstandort Hamburg grundlegend - auch mit Blick auf die neuen Märkte, die sich ab 2020 durch die feste Fehmarnbeltquerung ergeben.

Mehr als 300.000 Menschen pendeln zudem regelmäßig nach Hamburg. Umgekehrt fahren knapp 100.000 Hamburgerinnen und Hamburger regelmäßig zu ihrer Arbeitsstätte außerhalb Hamburgs. Der weitaus größte Teil dieser Fahrten wird mit dem PKW zurückgelegt, weil das Angebot auf der Schiene auf mehreren Hauptsiedlungsachsen (z.B. Richtung Ahrensburg und Kaltenkirchen) verbesserungsbedürftig ist.

Den öffentlichen Personennahverkehr ausbauen

Der öffentliche Personennahverkehr muss ausgebaut, die großen Wohnsiedlungen müssen besser angebunden werden. Das bedeutet eine Optimierung des Busverkehrs. Ebenso zählt dazu auch ein weiterer Ausbau des schienengebundenen Personennahverkehrs, sowohl im Hamburger Umland als auch innerhalb der Stadt. Solche Vorhaben müssen sowohl finanziell machbar und in der Haushaltsplanung berücksichtigt sein als auch von den Bürgerinnen und Bürgern unterstützt werden. Die heute bekannten Planungen für eine Stadtbahn erfüllen diese Voraussetzungen nicht. Wir werden im Rahmen der langfristigen Finanzplanung bis 2019 die Investitionsmittel für den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs festlegen. Auf dieser Basis werden wir in einem offenen Diskussionsprozess mit Bürgerinnen und Bürgern, Bahn und Hochbahn die langfristigen Investitionsschwerpunkte und -möglichkeiten (z.B. auch hinsichtlich S4, U4, S-Bahn Richtung Kaltenkirchen und andere Strecken für schienengebundene Systeme) bestimmen.

Die Schaffung eines ausreichenden Angebots an P+R-Stellplätzen an den Endhaltestellen des ÖPNV ist ein wichtiger Beitrag, um die Menschen zum Umsteigen auf öffentliche Verkehrsmittel zu bewegen. Dadurch wird nicht nur der Straßenverkehr auf den Haupteinfallsstraßen erheblich entlastet, sondern auch ein wertvoller Beitrag zum Klimaschutz geleistet.

Fahrradverkehr stärken

Wir wollen den Radverkehrsanteil in Hamburg von derzeit ca. 12 Prozent deutlich steigern. Auch damit können wir einen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Zugleich ist Fahrrad fahren gesund und macht Spaß. Voraussetzung dafür sind aber attraktive, intakte und sichere Wege. Wir setzen deshalb auf noch mehr Radfahrstreifen sowie instand gesetzte Radwege und wollen den Ausbau des Veloroutennetzes voranbringen.

Lärmschutz und Zusammenwachsen von Stadtteilen

Die A 7 trennt nördlich des Elbtunnels seit vielen Jahren Stadtteile und belastet die Anwohnerinnen und Anwohner erheblich mit Lärm und Abgasen. Der in diesem Jahr beginnende Ausbau der A7 zwischen dem Elbtunnel und dem Bordscholmer Dreieck führt nicht nur zu einer Verbesserung des Verkehrsflusses, sondern auch zu einem deutlich verbesserten

Lärmschutz. Die zurzeit laufenden Planfeststellungsverfahren sehen einen Ausbau mit teilweiser Überdeckung vor. Zerschnittene Stadtteile, wie Bahrenfeld und Othmarschen, aber auch Stellingen und Schnelsen, können so wieder zusammenwachsen.

Eine Verbesserung der Lebensqualität in Hamburg ist auch bei der geplanten Verlegung der Wilhelmsburger Reichsstraße notwendig. Im Zuge der Verlegung muss eine erhebliche Lärmentlastung erreicht werden. Breite Querungen können die trennende Wirkung von Straße und Bahn verringern.

Verkehrskooperation mit den Küstenregionen

Ein Hauptaugenmerk muss auf den überregionalen Verbindungen liegen. Vor allem die Autobahnen müssen so geplant werden, dass der Verkehrsknotenpunkt Hamburg entlastet wird. Um die A1 und die A7 mit den zwei Elbquerungsmöglichkeiten zu entlasten, setzen wir uns für eine weitere Elbquerung durch den Bau der A21 zwischen der A1 und der A7 als Ostumfahrung Hamburgs ein. Gleiches gilt für den Bau der A20, die Verlängerung der A39 von Lüneburg nach Wolfsburg und die Verbindung der A24 mit der A2 als A14. Für diese Projekte muss eine enge Zusammenarbeit Hamburgs mit Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Bremen erfolgen.

Eine große Bedeutung liegt in der Entwicklung des schienengebundenen Seehafenhinterlandverkehrs, wo es vor allem auf den Verbindungen Richtung Süden erhebliche Engpässe gibt. Wie beim Ausbau der Autobahnen ist Hamburg auch bei der Optimierung der Schienenanbindungen, etwa beim Bau der Y-Trasse, auf die Zusammenarbeit mit den umliegenden Bundesländern angewiesen.

Hafenverkehr optimieren

Der Verkehrsentwicklungsplan Hamburg muss die Verkehrsbedarfe des Hafens berücksichtigen. Die zunehmenden Hafenverkehre sollen auf Straße und Schiene möglichst reibungslos und verträglich abgewickelt werden. Wir halten den Bau einer Hafenquerspange, die Y-Trasse für den Bahnverkehr und die Ertüchtigung der Mittel- und Oberelbe bis Dresden für erforderlich.

Innerhalb des Hafens fahren bereits heute täglich 200 Züge über das 300 km lange System der Hafenbahn. Die Prognosen gehen von einer Verdoppelung bis zum Jahre 2025 aus.

Unser Ziel ist die Optimierung der Schnittstellen zwischen Terminal, Hafenbahn und externem Schienennetz für einen leistungsfähigen Schienenanschluss des Hamburger Hafens.

KLIMASCHUTZ UND ENERGIE

Ein wichtiges Feld des Klimaschutzes ist die Energiepolitik. Wir stehen für eine saubere, sichere und für alle Bürgerinnen und Bürger bezahlbare Energieversorgung in Hamburg. Unser Grundsatz ist, dass der nötige ökologische Wandel wirtschaftlich vernünftig und sozial verträglich vollzogen werden muss.

Hamburg ist in diesem Jahr Umwelthauptstadt. Das sehen wir als Verpflichtung. Dem Ziel, den globalen Klimawandel zu stoppen, ist auch Hamburg verantwortlich. Wir müssen die Treibhausgasemissionen reduzieren.

Umweltschutz ist auch Politik für mehr Lebensqualität in der Metropole Hamburg. Ein verantwortungsvoller Umgang mit der Natur sichert die Lebensgrundlagen für unsere und künftige Generationen.

Masterplan Klimaschutz

Der SPD-geführte Senat wird einen Masterplan Klimaschutz vorlegen, der aufzeigt, welche Etappenziele mit welchen Maßnahmen bis 2050 erreichbar sind. Wir wollen unseren Beitrag dazu leisten, dass die weltweite Erwärmung auf 2 Grad Celsius begrenzt wird.

Energieeinsparung

Energie, die nicht gebraucht wird, muss nicht erzeugt werden. Daher ist die Einsparung von Strom und Wärme ein wesentlicher Bestandteil unserer Politik. Die wichtigste Maßnahme zur Einsparung von Energie ist die energetische Gebäudesanierung, da 85 Prozent des Wohnungsbestandes in Hamburg vor Inkrafttreten der ersten Wärmeschutzverordnung gebaut wurden und daher überwiegend unzureichend isoliert sind. Das gilt auch für Büroflächen, die die Stadt anmietet – diese müssen höchsten energetischen Ansprüchen genügen.

Steigende Heizkosten dürfen nicht zur zweiten Miete werden. Und die Kosten für nötige energetische Sanierungen dürfen nicht allein auf die Mieterinnen und Mieter abgewälzt werden, die vielfach schon schwer an ihrer bisherigen Miete zu tragen haben. Das Programm zur Energiesparberatung einkommensschwacher Haushalte soll ausgebaut werden.

In der Klima- und Energiepolitik der Stadt werden das städtische Energieunternehmen HamburgEnergie und die neu gegründete Hamburger Energieagentur Hamea eine zentrale Rolle spielen.

Ausstieg aus der Atomenergie – Nutzung erneuerbarer Energien

Das Kohlekraftwerk Moorburg geht demnächst ans Netz. Langfristig streben wir an, den Energiebedarf überwiegend aus erneuerbaren Energien zu decken. Wir stehen zum Ausstieg aus der Atomenergie. Um Strom aus Sonne, Wind, Wasser und Biomasse zum Durchbruch zu verhelfen, werden wir auch von Hamburg aus alles unternehmen, um die Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke rückgängig zu machen. Dazu wird sich Hamburg einer Klage gegen das entsprechende Bundesgesetz vor dem Bundesverfassungsgericht anschließen.

Energiewende für Hamburg

Die Energieversorgung ist eine wichtige Aufgabe der kommunalen Daseinsvorsorge. Um Handlungsspielräume in der Energiepolitik zurückzugewinnen, wollen wir strategischen Einfluss auf die Verteilnetze für Gas, Strom und Fernwärme in Hamburg erlangen. Ein SPD-geführter Senat wird daher einen strategischen Anteil von wenigstens 25,1 Prozent an den Netzen erwerben. Ein solches Konzept haben wir mit Betriebsräten und Geschäftsleitungen von Energieversorgungsunternehmen, kommunalen Vereinigungen, der Bürgerinitiative für die Kommunalisierung der Netze und vielen Expertinnen und Experten besprochen und entwickelt. Eine Belastung für den Hamburger Haushalt ist mit diesem Konzept nicht verbunden. Damit gewinnen wir die Möglichkeit, die Netze zukunftsfähig zu erneuern (Smart Grid) oder die Fernwärmeversorgung aus erneuerbaren Energiequellen auszubauen.

Umweltpartnerschaft

Wir werden die Umweltpartnerschaft Hamburg und ihre Programme weiterentwickeln. Ziel ist, dass die Unternehmen freiwillig einen Beitrag zum Klima-, Umwelt- und Ressourcenschutz in Hamburg erbringen. Insbesondere Information und Beratung, Netzwerkarbeit und finanzielle Förderung spielen eine wichtige Rolle. Dabei sollen auch neue Akzente hinsichtlich Ressourcenproduktivität und Nachhaltigkeit gesetzt werden.

Umwelt- und Naturschutz

Kleingärten sind Erholungsraum und Kulturgut, sie müssen geschützt werden.

Zum Schutz vor Binnenhochwasser werden wir die Bodenentsiegelung forcieren.

Wir werden Anreize für Emissions- und Lärminderung setzen und den innerstädtischen Lärmschutz Schritt für Schritt verbessern.

Wir werden uns verstärkt um den Hamburger Naturschutz und die Grün- und Erholungsgebiete kümmern, den Baumbestand erhöhen sowie Biotopverbund und Naturschutzgebiete weiter entwickeln. Den Bezirken müssen Schritt für Schritt die erforderlichen Mittel zur Pflege von Grünanlagen und Spielplätzen zur Verfügung gestellt werden, um eine Gefährdung des Anlagenbestands zu verhindern.

BEZAHLBARE WOHNUNGEN FÜR HAMBURG – DEN SOZIALEN ZUSAMMENHALT STÄRKEN

Der Mangel an bezahlbaren Wohnungen bewegt viele in der Stadt, weil die Fehlentwicklung überall spürbar ist. Mit dem Regierungswechsel vor zehn Jahren ist der Neubau von Wohnungen eingebrochen. In den letzten zehn Jahren wurden nur halb so viele Wohnungen gebaut, wie nötig und wie zuvor üblich. Das war eine von den CDU-Senaten politisch gewollte Entwicklung. Bezahlbare Wohnungen sind eine herausragende öffentliche Angelegenheit. Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten hat der Wohnungsbau Priorität – er steht im Mittelpunkt sozialdemokratischer Stadtentwicklungspolitik.

Stärkung der Wohnviertel

In jeder Großstadt gibt es reichere und ärmere Stadtteile. Aber auch die Bewohnerinnen und Bewohner so genannter ärmerer Stadtteile haben ein Recht auf Lebensqualität. Wir werden nicht hinnehmen, dass Kinder schlechtere Bildungschancen, Jugendliche schlechtere Berufsaussichten und Erwachsene keine Jobs bekommen, nur weil sie aus weniger gut angesehenen Stadtteilen kommen. Wir werden die Stärkung der Wohnviertel, die aufgrund der Einkommens- und Sozialstruktur ihrer Bewohnerinnen und Bewohner einen besonderen Entwicklungsbedarf haben, ins Zentrum unserer Regierungspolitik stellen.

Dabei hat die Bildungssituation Priorität. Stadtteile mit hohen Anteilen von Familien mit geringem Einkommen oder Migrationshintergrund müssen exzellente Kindertagesstätten, Horte und Schulen haben, um die soziale und kulturelle Integrationsaufgabe meistern zu können. Die Förderung der Kinder und ihrer Entwicklungschancen entscheidet letztendlich darüber, ob ein Stadtteil Risiko oder Chance für Familien ist, ob er als Notunterkunft, Zwischenunterkunft oder als Heimat empfunden wird, ob er langfristig ein schlechtes oder ein gutes Image hat. Die Schulen müssen Zentren im Stadtteil werden. Sie müssen Ort der Begegnung, der Bildung, der Kommunikation und des kulturellen Austauschs sein: für Kinder und Jugendliche ebenso wie für Eltern und Pädagogen – auch außerhalb der Unterrichtszeiten –, für Elternarbeit, für sportliche und kulturelle Aktivitäten.

Wir wollen Sicherheit und Sauberkeit gerade in schwierigen Stadtteilen. Dazu soll das Konzept der Hausbetreuer-Logen erweitert und in Verbindung mit Qualifizierung und Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen gefördert werden. Darüber hinaus werden wir mit der Hamburger Stadtreinigung ein Konzept zur Herstellung eines sauberen Stadtbildes in allen Hamburger Quartieren erarbeiten.

Aktiver Wohnungsbau

Hamburg bietet Dank der Wohnungsbaupolitik früherer SPD-geführter Senate ein breit gefächertes und qualitativ überwiegend gutes Angebot von Wohnungen. Die CDU-Senate haben die Wohnungsbaupolitik vernachlässigt. Deshalb drohen jetzt deutliche Preisanstiege und soziale Schieflagen.

Hamburg braucht eine aktive Wohnungsbaupolitik und mehr Wohnungsneubau – aufgrund der weiteren Zuwanderung und des weiteren Anstiegs der Haushaltszahlen –, um die Umlandabwanderung von Familien zu vermindern, um die Wohnbedürfnisse und Ansprüche spezieller Nachfrage-Gruppen zu befriedigen (z.B. Senioren, Jungerwachsene, Menschen mit Behinderung), um der hohen Nachfrage in besonders attraktiven Stadtquartieren entgegenzukommen und letztendlich um die Mietenentwicklung zu dämpfen und ein ausreichendes Angebot auch an preiswertem Wohnraum für Haushalte mit kleinen und mittleren Einkommen herzustellen.

Deshalb wollen wir die Voraussetzungen dafür schaffen, dass jedes Jahr 6.000 neue Wohnungen in Hamburg entstehen. Und wir werden zusammen mit den Bezirksamtsleitern und Bezirksversammlungen den von jedem der sieben Hamburger Bezirke zu verwirklichenden Wohnungsbau festlegen.

Wir werden in Hamburg den öffentlich geförderten Wohnungsbau wieder stärken, damit gerade dort, wo Grundstückspreise Neubaumieten in die Höhe treiben, Wohnungen für Normalverdiener gebaut werden können. Das bedeutet, dass ein Drittel der neu entstehenden Wohnungen Sozialwohnungen sein müssen. Wir werden nicht zulassen, dass alte Arbeiterquartiere heute als so genannte Szene-Stadtteile unerschwinglich für Normalverdienende werden und deshalb verstärkt soziale Erhaltungsverordnungen erlassen. Und wir wollen, dass auch in den von Investoren gemiedenen Stadtteilen durch Wohnungsbau Impulse für eine positive Stadtteilentwicklung gesetzt werden. Die SPD will Rahmenbedingungen schaffen, damit sich auch die ortsgebundenen, sozial verantwortlichen und an Nachhaltigkeit orientierten Wohnungsbaugesellschaften und -genossenschaften wieder stärker am Neubau von Wohnungen beteiligen können. Auch die stadt eigene SAGA GWG soll wieder mehr Wohnungen bauen. Und wir wollen konsequent den Wohnungsleerstand bekämpfen. Den Umbau nicht mehr nachgefragter Büroflächen zu Wohnungen werden wir verstärkt forcieren. Es geht um bezahlbare Wohnungen. Energetische Standards dürfen den Bau solcher Wohnungen nicht beeinträchtigen. Wir wollen deshalb die bereits sehr hohen bundesgesetzlichen, energetischen Standards umsetzen und streben hierfür freiwillige Vereinbarungen mit der Wohnungswirtschaft an, in die auch die Mieterverbände einzubeziehen sind.

Erschließung von Flächen für den Wohnungsbau

Die Stadt muss mehr Bauflächen in zentralen Lagen und gut erschlossenen Quartieren bereitstellen. Wir wollen ein Immobilienmanagement als Instrument zur Durchsetzung stadtpolitischer Ziele. Dazu gehört sowohl der Ankauf wichtiger Konversionsflächen als auch der Verkauf städtischer Grundstücke für den Wohnungsbau. Dabei darf die Stadt nicht Preistreiber am Grundstücksmarkt sein. Nicht mehr nachgefragte Büroflächen sollen für den Wohnungsbau genutzt werden.

Um mehr Flächen für den Wohnungsbau zu gewinnen, ist zudem eine maßvolle Verdichtung der bestehenden Bebauung durch Überarbeitung des geltenden Planrechts sowie gezielte Ansprache von Grundeigentümern sinnvoll. Wir werden in diesem Zusammenhang prüfen, in wieweit Aufstockungen in 50er- und 60er-Jahre-Siedlungen sowie entlang der großen Magistralen möglich sind. Außerdem sollten in innerstädtischen Geschäftsgebieten Wohnnutzungen erleichtert werden.

SAGA GWG

Hamburg braucht auch in Zukunft das städtische Wohnungsunternehmen SAGA GWG. Es hat für die Stadt eine herausragende wohnungspolitische und soziale Bedeutung, die sich noch stärker als zuletzt in seiner Geschäftspolitik zeigen sollte. So ist die Hauptaufgabe eines städtischen Wohnungsunternehmens, ein breites Angebot an Wohnungen für Menschen mit niedrigem und mittlerem Einkommen vorzuhalten. SAGA GWG muss sich deshalb wieder in erheblichem Umfang am Wohnungsneubau in Hamburg beteiligen. Das Unternehmen wird nicht mehr zum Stopfen von Haushaltslöchern missbraucht.

Soziale Stadt

Alle Hamburgerinnen und Hamburger wissen es: Hamburg ist eine schöne Stadt. Eine Stadt in der es vielen Menschen gut geht. Aber wir wissen auch, dass dieses nicht für alle Menschen und Regionen in Hamburg zutrifft. Die soziale Spaltung unserer Stadt ist ein großes Problem. Die Kluft zwischen so genannten reichen und armen Stadtteilen wird immer größer. Wir wollen diese soziale Spaltung nicht hinnehmen. Wir dürfen dieses Thema nicht ignorieren, sondern müssen offen mit Armut und Ausgrenzung umgehen. Der Schaffung neuer Perspektiven räumen wir einen besonderen Stellenwert ein.

Eine solide Sozialberichterstattung bildet die wesentliche Grundlage für die politische Vorsorge und Reaktion auf soziale Problemlagen. Hamburg hat die Weiterentwicklung seiner Sozialberichterstattung versäumt. Als Grundlage für unser zukünftiges Handeln werden wir

daher die seit Jahren überfällige integrierte Sozialberichterstattung und eine Wirksamkeitsanalyse der bisherigen Maßnahmen durchführen.

GESUNDHEITSREGION HAMBURG

Gesundheit und Pflege werden eine immer größere Bedeutung für die Qualität unseres Zusammenlebens in einer älter werdenden Gesellschaft bekommen. Der medizinische Fortschritt bietet neue Möglichkeiten. Hamburg hat alle Chancen, eine Gesundheitsmetropole zu werden, die Maßstäbe setzt.

Gesundheit

Die Versorgung kranker Menschen muss gesichert sein und darf nicht dem Ziel der Gewinnmaximierung unterworfen sein.

Wir werden die Möglichkeiten nutzen, aus dem Zusammenwirken der Krankenhäuser, der Gesundheitswirtschaft, der Krankenkassen, des Life Sciences Sektors und der Hochschulen, Hamburg zu einer zukunftssträchtigen Gesundheitsregion zu entwickeln, die eine vorbildliche medizinische Versorgung gewährleistet und daraus neues wirtschaftliches Potenzial für Wachstum und Arbeitsplätze schöpft.

Mit der gegen den Willen der Hamburgerinnen und Hamburger durchgesetzten Privatisierung der ehemals städtischen Krankenhäuser wurde die Möglichkeit verringert, von Seiten der Stadt unmittelbar Einfluss auf die Gesundheitsversorgung zu nehmen. Gerade deshalb muss der verbliebene Restanteil Hamburgs von 25,1 Prozent an den Asklepios Kliniken Hamburg genutzt werden, damit die Versorgung kranker Menschen in allen Hamburger Kliniken auf hohem Niveau bleibt.

Mit dem Klinikneubau hat sich das Universitätskrankenhaus Eppendorf klinisch und wirtschaftlich gut entwickelt. Für die Zukunft ist es notwendig, die Rahmenbedingungen für eine stärkere wissenschaftliche Profilierung in der Lehre und in der Forschung zu schaffen. Im ambulanten Bereich wollen wir zusammen mit den zuständigen Vereinigungen und Verbänden sicherstellen, dass die flächendeckende Versorgung des gesamten Stadtgebiets mit Arztpraxen aller Ausrichtungen gewährleistet ist. Die Versorgungssituation der Stadtteile soll in einem Gesundheitsbericht dokumentiert werden. Die sogenannten U-Untersuchungen von Kindern müssen flächendeckend und verbindlich in allen Stadtteilen und bei allen Kindern durchgeführt werden; es darf nicht weiter eine Kluft zwischen sogenannten besseren Stadtteilen und benachteiligten Quartieren geben.

Der Einfluss Hamburgs auf die Bundespolitik muss vor allem in der Gesundheitspolitik gestärkt werden. Der Gang in die Zwei-Klassen-Medizin wird von der derzeitigen Bundesregie-

rung forciert. Wir wollen eine solidarische Krankenversicherung, die als eine Bürgerversicherung für alle wirkt. Hamburg wird sich allen Bestrebungen, die Lasten der Gesundheitsversorgung einseitig auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu verteilen, widersetzen und seinen Einfluss im Bundesrat wahrnehmen, um weitere sozial unverträgliche Veränderungen an unserem Gesundheitssystem zu verhindern.

Pflegebedürftige bestmöglich versorgen

Wir werden die ärztliche und fachärztliche Versorgung in Hamburgs Pflegeheimen verbessern. Die Bundesplegereform eröffnet Pflegeheimen die Möglichkeit, Heimgärtinnen und Heimgärte zu beschäftigen oder vertraglich an sich zu binden. Wir wollen gemeinsam mit den Kranken- und Pflegekassen und den anderen betroffenen Stellen Konzepte entwickeln, die die bestmögliche Versorgung jedes einzelnen Hamburger Pflegeheims sicherstellt. Wir werden dem Fachkräftemangel in der Pflege entgegenzutreten und die Ausbildung, Umschulung und Aufstiegsqualifizierung zur Fachkraft stärken. Wir lassen einen Abbau der hohen Qualität des Pflegepersonals in den Pflegeheimen nicht zu.

BILDUNG VON ANFANG AN

Bildung ist der Schlüssel zur gesellschaftlichen Teilhabe. Und sie ist Grundlage für Wachstum und Beschäftigung. Bildung entscheidet über die Zukunft unserer Kinder und damit auch über die Zukunft Hamburgs. Doch Hamburg geht fahrlässig mit den Chancen für seine Kinder um.

Vor der Einschulung erwerben unsere Kinder die für das Lernen wichtigen Fähigkeiten und Fertigkeiten. Dazu sind gute Krippen und Kindergärten unverzichtbar. Die Schule ist wesentliche Grundlage für eine gute Qualifikation in der anschließenden Ausbildung oder im Studium.

Viel zu viele verlassen die Schule ohne Abschluss. Begabungen werden zu wenig gefördert, jeder vierte Schüler erreicht nur das niedrigste Bildungsniveau, jeder zwölfte keinen Schulabschluss. Viele Jugendliche sind nicht ausbildungsreif. Am Ende bleibt fast ein Fünftel einer Generation ohne Berufsabschluss.

In Deutschland und in Hamburg gehört die Zukunft der qualifizierten Arbeit. Deshalb müssen wir in Hamburg alles tun, damit Bildung den Stellenwert bekommt, den sie braucht. Qualifizierung ist notwendig, denn für gering Qualifizierte bietet der Arbeitsmarkt in Zukunft noch weniger Möglichkeiten als heute.

Angesichts des absehbaren Fachkräftemangels müssen wir umsteuern. Ein SPD-geführter Senat wird daher mit der Bildungspolitik einen Schwerpunkt setzen. Wir brauchen eine große Anstrengung, um Bildung und Entwicklungsmöglichkeiten der künftigen Generationen zu verbessern. Es geht um unser aller Zukunft.

CHANCENGLEICHHEIT UND TEILHABE FÜR HAMBURGS KINDER

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben in Hamburg durch ein Volksbegehren einen umfangreiche Rechtsansprüche auf Kindertagesbetreuung durchgesetzt – gegen den CDU-geführten Senat. Wir haben in der Gesetzgebung der Bundesrepublik Deutschland einen Rechtsanspruch auf eine halbtägige Betreuung in Krippe und Kindergarten für alle Kinder vom vollendeten ersten Lebensjahr an ab August 2013 erwirkt. Damit hat bald jedes Hamburger Kind einen gesetzlichen Anspruch auf einen Platz in einer Kita und damit auch auf frühkindliche Bildung.

In Hamburg wollen wir die Einführung des Rechtsanspruchs auf Kinderbetreuung ab dem vollendeten zweiten Lebensjahr bereits zum August 2012 vorziehen.

Bezahlbare Kitas

Der Zugang zu Bildung darf keine Frage des Geldbeutels sein. Bezahlbare Kitas sind wesentlicher Bestandteil einer familienfreundlichen Stadt Hamburg. Wir werden ein Sofortpaket vorlegen, das die Rücknahme der allgemeinen Erhöhung der Elternbeiträge von bis zu 100 Euro monatlich pro Kind, die Rücknahme der extremen Gebührenerhöhung für behinderte Kinder, die Abschaffung des Essengeldes, die Beendigung des Ausschlusses der sogenannten „Kann-Kinder“ vom beitragsfreien letzten Jahr und den Rechtsanspruch auf einen Hortplatz wieder bis zum 14. Lebensjahr vorsieht.

Ein SPD-geführter Senat wird dafür sorgen, dass das fünfständige Grundangebot an Kinderbetreuung in Hamburg Schritt für Schritt kostenlos wird. Das wird nicht auf Kosten der Qualität der Arbeit in den Kitas passieren.

Frühe Förderung und Sprachentwicklung

Wir starten eine Förder- und Teilhabeoffensive und werden die frühkindliche Bildung ausbauen. Dringlicher sozial bedingter oder pädagogischer Bedarf – und dazu gehört auch Sprachförderbedarf – eines Kindes muss zur Bewilligung eines Kitaplatzes bzw. Ganztagsplatzes führen. Die vorschulische Sprachstandserhebung muss so gestaltet werden, dass alle Kinder rechtzeitig erreicht werden.

Bessere Förderbedingungen in den Kitas

Gruppengrößen und Erzieher-Kind-Relation sind entscheidende Faktoren für eine frühe Bildung und Förderung. Mit 25 Kindern in einer Gruppe von drei- bis sechsjährigen ist eine individuelle Förderung von Kindern mit höherem Bedarf kaum möglich. In den sozial benachteiligten KESS-1- und KESS-2-Gebieten sollen Kinder bereits in den Kitas stärker gefördert werden - in Anlehnung an die Absenkung der Klassenfrequenzen von Grundschulen. Deshalb wird ein SPD-geführter Senat ein „Kita-KESS“ auflegen, das bei entsprechenden Rahmenbedingungen in der Kita Gruppen im Elementarbereich mit maximal 19 Kindern bei gleichbleibender Fachkraftstärke vorsieht.

Qualität am Nachmittag und gute Jugendhilfe

Für viele Kinder fehlt ein adäquates Betreuungsangebot am Nachmittag, das die schulische Bildung ergänzt. Für viele Kinder – auch für Kinder mit Sprachförderbedarf – ist es wichtig, über den Vormittag hinaus Anregungen zum Lernen zu erhalten. Auch für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein verlässliches Angebot am Nachmittag notwendig. Der Hortaus-

bau ist unter CDU-Regierung nur mäßig betrieben worden. Das mit Pilotprojekten verfolgte Ziel, Horte an die Schulen zu bringen, ist grundsätzlich richtig. Unser Ziel ist es, das Angebot einer nachmittäglichen Betreuung (nach der Schule) deutlich auszuweiten. Die Übergangsphase darf nicht zum Abbau von Qualität und Versorgung oder zu regionalen Versorgungsengpässen führen.

Unser Ziel ist es, die Jugendhilfe regelhaft im engen Zusammenhang mit Schulen und Kitas vorzuhalten. Nur mit professioneller Vielfalt der Jugendhilfe, zu der auch eine lebendige offene Kinder- und Jugendarbeit zählt, die sich eng am Sozialraum orientiert, werden wir überall gute Chancen und Perspektiven für unsere Kinder und Jugendlichen ermöglichen können.

Prävention, Kinderschutz und Integration

Kinder frühzeitig zu fördern und zu integrieren bedeutet zunächst, die betreffenden Familien auch zu kennen. Die Stärkung der Allgemeinen Sozialen Dienste (ASD) und der Sozialräumlichen Angebote (SAE) ist dazu wichtige Voraussetzung. Außerdem wird ein SPD-geführter Senat verbindliche Vorsorgeuntersuchungen (U-Untersuchungen) einführen, die Eltern-Kind-Zentren ausbauen und die Rahmenbedingungen so setzen, dass Familienhebammen in Hamburg flächendeckend vorhanden sind.

BESSERE SCHULEN FÜR HAMBURG

Ein SPD-geführter Senat wird notwendige Reformen in der Schulpolitik zusammen mit allen Beteiligten entwickeln, seriös planen und verlässlich umsetzen. Grundlage unserer Politik ist die bestehende Schulstruktur mit der vierjährigen Grundschule, den weiterführenden Schulformen Stadtteilschule und Gymnasium und den Berufsschulen. Wir stehen zu dem zehnjährigen Schulfrieden, der erneute Veränderungen an dieser Schulstruktur ausschließt. Bei den anstehenden Entscheidungen über die Schulstandorte werden wir die Beschlüsse der Schulkonferenzen berücksichtigen.

Die SPD hat bereits in den letzten drei Jahren viele vernünftige Reformen durchgesetzt. Wir haben dafür gesorgt, dass die Klassengröße in den Grundschulen auf höchstens 23 Schülerinnen und Schüler, in einem Drittel aller Schulen sogar auf höchstens 19 abgesenkt wurde. Wir haben erreicht, dass Schülerinnen und Schüler in fast allen der neu gegründeten Stadtteilschulen an eigenen Oberstufen das Abitur machen können. Und wir haben durchgesetzt, dass die Eltern das teure und unsoziale Büchergeld für Schulbücher nicht mehr bezahlen müssen.

Jetzt kommt es darauf an, diese Schulangebote zu verbessern, indem wir die Qualität des Unterrichts in Hamburg steigern. Dazu müssen wir die Zahl der Ganztagschulen massiv erhöhen, im Bereich der Grundschulen und der Stadtteilschulen. Wir wollen erreichen, dass möglichst viele Schülerinnen und Schüler gute Abschlüsse erzielen. In einer Metropole wie Hamburg ist es notwendig, dass möglichst viele Schülerinnen und Schüler in allen Stadtteilen ein Abitur ablegen.

Mit mehr Chancengleichheit und besseren Bildungsangeboten wollen wir die Zahl der Schulabbrecherinnen und Schulabbrecher halbieren. Der Hauptschulabschluss soll in Hamburg ein Mindeststandard allgemeiner Bildung für alle Jugendlichen werden.

Und wir wollen gewährleisten, dass in Hamburg wieder jeder, der als junger Mensch am Schulabschluss gescheitert ist, eine Schule findet, auf der er den Hauptschulabschluss doch noch schaffen kann.

Qualitätsoffensive für besseren Unterricht

Wir wollen die Begabungen der Schülerinnen und Schüler in allen Schulformen besser fördern, die schulischen Leistungen verbessern und die Qualität aller Schulabschlüsse deutlich anheben. Wir werden mit einer Qualitätsoffensive den Unterricht und die Bildungsangebote an allen Schulen verbessern. Die Leistungen der Hamburger Schulen sollen in jedem nationalen und internationalen Vergleich bestehen können. Mit unserer Qualitätsoffensive werden wir bisher vereinzelte Maßnahmen bündeln, flächendeckend ausbauen und neue Maßnahmen erweitern. Dazu werden wir die Lehreraus- und -fortbildung überarbeiten und die Teamarbeit von Lehrerinnen und Lehrern ausbauen. Durch zusätzliche, kostenlose Förderkurse wollen wir das gesetzliche Ziel, das Sitzenbleiben abzuschaffen, auch in der Praxis erreichen und teure Nachhilfestunden überflüssig machen. Talente müssen besser gefördert werden. Mit Hilfe einer Schulinspektion und regelmäßigen Lernstandsuntersuchungen werden wir die Qualität aller Schulen sorgfältig überprüfen, den Austausch fördern und Unterstützungsmaßnahmen zielgenau einsetzen. Wir werden die Ergebnisse der Schulinspektion in geeigneter Form veröffentlichen. Wir werden das Schulschwänzen, das oft Ursache erfolgloser Bildungskarrieren ist, konsequent bekämpfen.

Doppelt so viele Grundschulen mit Ganztagsangeboten

Wir werden an den Grundschulen die ganztägigen Bildungs- und Betreuungsangebote flächendeckend ausbauen und insgesamt verdoppeln. Dazu werden wir in der Hälfte aller Grundschulen Ganztagsschulangebote oder zusätzliche Hortangebote ohne Abstriche an der bisherigen Betreuungsqualität einführen.

Stadtteilschule zum Erfolgsmodell ausbauen

Wir werden die Stadtteilschule zu einer attraktiven Schulform ausbauen. Die Stadtteilschule vereint die bisherigen Haupt- und Realschulen, Gesamtschulen und Aufbaugymnasien. In der Stadtteilschule können Schülerinnen und Schüler aller Begabungen und Leistungsstärken gemeinsam lernen und alle Schulabschlüsse bis zum Abitur erreichen. Das Abitur kann nach dreizehn Jahren erworben werden. Unser Ziel ist es, die Stadtteilschule zu einem Erfolgsmodell für Hamburg zu machen.

Jede Stadtteilschule soll die Möglichkeit bekommen, gebundene oder offene Ganztagschule zu werden. An den Stadtteilschulen sollen eigene Oberstufen den Schülerinnen und Schülern vor Ort das Abitur ermöglichen. In Zusammenarbeit mit den beruflichen Schulen sollen alle Stadtteilschulen zusätzliche berufliche Orientierungskurse anbieten.

Wir sorgen dafür, dass jede Schülerin und jeder Schüler an den Stadtteilschulen individuell gefördert wird – ganz gleich ob sie besondere Begabungen oder Lernschwierigkeiten haben. Wir werden darauf achten, dass alle Ganztagschulen in enger Kooperation mit Sportvereinen, Stadtteilinitiativen und Horten, Einrichtungen der Jugendhilfe, Jugendgruppen und -verbänden, Musikschulen, Bücherhallen und Kirchen ein qualitativ hochwertiges pädagogisches Angebot entwickeln.

Gymnasien

An Hamburgs Gymnasien lernen erfolgreich große Teile der Hamburger Schülerschaft und machen nach zwölf Jahren das Abitur. Im Rahmen unserer Qualitätsoffensive für besseren Unterricht und für bessere schulische Leistungen werden wir dafür sorgen, dass die Bildungsangebote der Gymnasien verbessert werden und die Schülerinnen und Schüler das Abitur besser erreichen.

Neue Chancen für Kinder mit Förderbedarf

Wir werden allen Kindern mit Behinderungen oder Förderbedarf, deren Eltern das wollen, den Besuch der allgemeinen Schulen ermöglichen. Behinderte und nicht behinderte Kinder und Jugendliche sollen zukünftig selbstverständlich zusammen lernen können. Dazu sollen nach dem Vorbild der seit Jahren erfolgreichen „Integrationsklassen“ und der „integrativen Regelklassen“ weitere Angebote geschaffen werden und deutlich mehr Sonderschulpädagogen an den allgemeinen Schulen unterrichten. Die bisherigen Sonder- und Förderschulen werden wir zu Kompetenzzentren für Sonder- und Förderpädagogik weiterentwickeln. Sie sollen mit ihrem Know-How den schwierigen Prozess der Integration unterstützen und begleiten.

DIE ZUKUNFT DER BERUFLICHEN BILDUNG UND WEITERBILDUNG

Die SPD will allen jungen Menschen nach der Schule einen Weg in eine Ausbildung ermöglichen. Wer es nicht schafft, einen Beruf zu erlernen, wird immer wieder Schwierigkeiten haben, sein Leben selbstverantwortlich zu gestalten.

Seit vielen Jahren gelingt es einer großen Zahl von Jugendlichen in Hamburg nicht, nach der Schule eine Berufsausbildung zu beginnen. Der Übergang von der Schule in eine Ausbildung funktioniert nicht. Zu viele in der Altersgruppe von 15 bis unter 25 Jahre sind schon am Beginn ihres Arbeitslebens ohne Beschäftigung. Viele suchen schon seit Jahren vergeblich einen Ausbildungsplatz. Tausende Jugendliche befinden sich in Hamburg in Warteschleifen, im so genannten Übergangssystem.

Es fehlen duale Ausbildungsplätze. Trotz aller Anstrengungen der Hamburger Wirtschaft haben wir eine große Ausbildungslücke in Hamburg. Doch nicht nur die private Wirtschaft bildet zu wenig aus. Auch bei den staatlichen Ausbildungsberufen in der Pflege oder in der Erziehung, die an staatlichen Fachschulen unterrichtet werden, gibt es zu wenige Ausbildungsplätze. Ein bundesweiter Vergleich der Leistungen der Bundesländer zeigt, dass Hamburg in diesem so genannten Schulberufssystem sogar weniger ausbildet als der bundesdeutsche Durchschnitt. Wir brauchen diese Fachkräfte, deshalb sollten wir sie auch ausbilden. Gemeinsam mit den Hamburger Pflegeeinrichtungen werden wir Wege finden, dem Fachkräftemangel in der Pflege zu begegnen und das Angebot zur Ausbildung, Umschulung und Aufstiegsqualifizierung zur Pflegefachkraft deutlich auszuweiten.

Zu wenige Jugendliche mit Migrationshintergrund entscheiden sich für einen Beruf im Handwerk. Viele Mädchen mit Migrationshintergrund und guten Schulnoten beginnen keine Ausbildung. Hier werden Potenziale verschenkt. Wir werden dafür Sorge tragen, dass diese Jugendlichen ihre Chancen besser nutzen.

Hamburger Garantie für Ausbildung und Arbeit

Wir wollen, dass allen Hamburger Jugendlichen der Zugang zu Ausbildung und Beschäftigung ermöglicht wird. Niemand soll auf diesem Weg allein gelassen werden. Alle Schülerinnen und Schüler haben nach Abschluss der allgemein bildenden Schulzeit ein Recht auf eine berufliche Ausbildung. Unser Ziel ist es, dass alle jungen Erwachsenen in Hamburg entweder das Abitur machen oder eine klassische Berufsausbildung absolvieren.

Alle Hamburger Jugendlichen brauchen eine klare Perspektive nach der Schule. Die Berufsorientierung an den allgemeinbildenden Schulen muss flächendeckend ausgebaut werden und bereits in der 8. Klasse beginnen. Denen, die die allgemeinbildende Schule verlassen und kein Studium anstreben, stehen folgende Wege offen:

Die duale Berufsausbildung

Die vollzeitschulische Ausbildung für Jugendliche, die eine Ausbildung machen wollen, die im Dualen System nicht vorhanden ist (z.B. Kranken- oder Altenpflege, Logopädie etc.). Wir werden Ausbildungsplätze bedarfsgerecht ausbauen.

Eine öffentlich geförderte Ausbildung für Jugendliche, die im Dualen System trotz ausreichender Kompetenzen keinen Ausbildungsplatz gefunden haben. Für Jugendliche, die aufgrund fehlender Kompetenzen, eines fehlenden Hauptschulabschlusses oder aufgrund großer sozialer Schwächen bisher keine Ausbildung machen konnten, wollen wir ein Angebot machen, das sich an der Berufsausbildung orientiert und den schnellen Übergang in eine Ausbildung gewährleistet. Formell oder informell erworbene Qualifikationen sollen stets zertifiziert werden.

Duale Ausbildung stärken – Fachkräftemangel reduzieren

Berufsperspektiven sind Lebensperspektiven. Wir verbessern die Rahmenbedingungen für eine attraktive duale Ausbildung durch ausbildungsbegleitende Angebote zum Erwerb von Zusatzqualifikationen, durch die Möglichkeit mit der dualen Ausbildung die Hochschulzugangsberechtigung zu erwerben, durch die Verbesserung des Zugangs zum Hochschulstudium für beruflich Qualifizierte ohne Hochschulreife, durch die Verbindung von dualer Ausbildung mit Bachelorstudiengängen und durch die Anrechnung beruflich erworbener Kompetenzen auf ein Studium.

Wer einen Hauptschulabschluss erreicht hat, soll in Hamburg einen Ausbildungsplatz finden können. Deshalb wollen wir sicherstellen, dass der Hauptschulabschluss auch die Berufsreife bescheinigt. Dazu werden wir zusammen mit Kammern, Gewerkschaften, Schüler-, Eltern- und Lehrervertretungen einen gemeinsamen Weg entwickeln.

Hamburg gibt jedes Jahr 60 Millionen Euro für das Übergangssystem aus. Es macht deshalb Sinn, die Wirksamkeit aller Maßnahmen zu überprüfen und die Verantwortlichen in der beruflichen Bildung zu enger Zusammenarbeit zu bewegen. Für jeden Jugendlichen sollte am Ende der Schulzeit feststehen, wie es weitergeht und das es weitergeht.

Wir werden das Übergangsmanagement erneuern. Mit dem Aufbau eines aussagekräftigen Informationssystems über die Ausbildungssituation aller jugendlichen Schulabgänger in Hamburg stellen wir sicher, dass jeder einzelne Jugendliche unterstützt und begleitet wird, bis es mit der Ausbildung erfolgreich geklappt hat. Dazu gehören auch individuelle Beratungsangebote zur Vermeidung von Ausbildungsabbrüchen.

Die SPD setzt sich für die volle Teilhabe von Jugendlichen mit Behinderung im Bildungssystem ein. In den allgemeinbildenden Schulen Hamburgs hat die Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen in Hamburg begonnen. Dies muss sich in den Bereichen Berufsorientierung, Berufsvorbereitung und Berufsausbildung fortsetzen, denn ab dem Jahr 2015 werden aufgrund dieser Entwicklung Schülerinnen und Schüler mit Behinderung in höherer Anzahl die allgemeinbildenden Schulen verlassen. Bildungs-, Gesundheits- und Sozialpolitik müssen hier eng zusammenarbeiten. Ausbildungsbegleitende Hilfen und neue Modelle beim Übergang von der Schule in den Beruf, wie beispielsweise die „Unterstützte Beschäftigung“ müssen evaluiert und bedarfsgerecht entwickelt werden. Dabei werden wir ein besonderes Augenmerk auf Jugendliche mit Lernbehinderungen legen und zwischen den sehr unterschiedlichen Berufsbildungssystemen für Jugendliche mit und ohne Behinderung Brücken schlagen. Die Kompetenzen beider Systeme müssen zusammenfinden, damit Jugendliche mit Behinderungen optimal gefördert werden und eine reguläre Berufsausbildung absolvieren können.

Berufsbildende Schulen zu Berufsbildungszentren weiterentwickeln

Berufsbildende Schulen werden sich zu Kompetenz- bzw. Berufsbildungszentren entwickeln. Die Reform der allgemeinbildenden Schulen, insbesondere die Einführung der Stadtteilschulen und der längere Verbleib im allgemeinbildenden Schulwesen, verändern sich die Schülerströme und das Übergangsverhalten in das berufsbildende Schulsystem. Gleichzeitig wird es zu einer systematischen Zusammenarbeit zwischen Stadtteilschulen und berufsbildenden Schulen im Übergang Schule Beruf und zu einer Weiterentwicklung der Bildungsangebote kommen. Wir wollen diese Entwicklung aufgreifen und die berufsbildenden Schulen zu Berufsbildungszentren ausbauen.

Gewerkschaften im HIBB beteiligen

Das Hamburger Institut für Berufliche Bildung (HIBB) ist für einen SPD-geführten Senat ein zentrales Instrument, um die berufliche Bildung in Hamburg kontinuierlich zu verbessern. Wir werden dafür sorgen, dass die Gewerkschaften als gleichberechtigte Sozialpartner im Kuratorium beteiligt werden.

Chancen auf dem europäischen Arbeitsmarkt verbessern

Wir müssen Jugendlichen bereits während der Ausbildung berufliche Erfahrungen in EU-Staaten ermöglichen. Dazu wird ein SPD-geführter Senat europäisch ausgerichtete Zusatzqualifikationen in der dualen Ausbildung entwickeln.

Auszubildende unterstützen

Wir brauchen bezahlbare Wohnungen für Auszubildende in Hamburg und ein Auszubildendenwerk.

Berufliche Weiterbildung ausbauen und attraktiv gestalten

Wir setzen uns dafür ein, die Weiterbildungs- und Qualifizierungsangebote in Hamburg zu stärken. Dazu werden wir die Weiterbildungsberatung stärker an den Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt und an speziellen Zielgruppen ausrichten. Die berufliche Erstausbildung und berufliche Weiterbildung wollen wir enger miteinander verzahnen, um lebenslanges Lernen bereits in der Ausbildung anzubahnen. Und wir werden die Weiterbildung in kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) unterstützen.

NEUANFANG IN DER WISSENSCHAFTSPOLITIK

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten kennen die Bedeutung und den Wert von Hochschulausbildung und Forschung. Wir werden die Hamburger Hochschulen in die Lage versetzen, ihren gesellschaftlichen Auftrag zu erfüllen. Wir sind uns der Bedeutung der Wissenschaften für die Sicherung unseres Wohlstandes und die Bewältigung der wichtigen Zukunftsaufgaben bewusst.

Hamburgs Hochschulen und Forschungseinrichtungen haben – auch unter schlechten Rahmenbedingungen – in den letzten Jahren Hervorragendes geleistet. Jedoch: Während andere Bundesländer ihre Investitionen in die Wissenschaften deutlich gesteigert haben, ist Hamburg im Bundesvergleich zurückgefallen. Wir brauchen mehr junge Menschen mit einem Hochschulabschluss. Wir werden Wissenschaft und Forschung stärken, um Hamburg zukunftsfähig zu machen. Wir werden der Lehre den Stellenwert beimessen, den sie verdient, und wir werden das Bemühen von Hochschulen und außerhochschulischen Forschungseinrichtungen um herausragende Forschung unterstützen.

Wir stehen für eine in ihrer gesamten Breite geförderten Hochschullandschaft. Sie trägt wesentlich zur Chancengleichheit und Innovationsfähigkeit unserer Stadt bei und sichert

Wohlstand für zukünftige Generationen. Wir wollen Planungssicherheit für die Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen herstellen, geknüpft an gemeinsam erarbeitete Ziel- und Leistungsvereinbarungen. Hamburgs staatliche Hochschulen sollen solide finanziert sein, sehr gute Studienbedingungen bieten und in nationalen und internationalen Vergleichen konkurrenzfähig sein. Es gilt, den richtigen Mix aus guten Bedingungen für die Breite der Studierenden und guten Voraussetzungen für Spitzenwissenschaft zu erreichen.

Innovation

Hamburgs Universität ist die fünftgrößte Universität Deutschlands, unsere Stadt hat insgesamt 18 Hochschulen sowie zahlreiche außeruniversitäre Institute. Wir wollen die Wissenschaftseinrichtungen mit ihren unterschiedlichen Profilen darin unterstützen, ihre Stärken auszubauen und dazu u.a. den laufenden Generationswechsel nutzen. Von Spitzenforschung profitiert nicht zuletzt auch Hamburgs Wirtschaft.

Studiengebühren abschaffen

Studiengebühren sind unsozial, sie erhöhen Barrieren und verhindern so die dringend notwendige Erhöhung der Studierendenzahlen. Wir haben die Studiengebühren immer abgelehnt. Deshalb werden wir in dieser Legislaturperiode die Studiengebühren wieder abschaffen und die wegfallenden Einnahmen aus Mitteln des Hamburger Haushalts kompensieren. Mit uns wird das Studium bis zum Masterabschluss gebührenfrei sein.

Studienbedingungen nachhaltig verbessern und Bachelor-Master-System reformieren

Viele Erwartungen an die Umstellung auf das Bachelor-Master-System haben sich nicht erfüllt. Die Bedingungen für Studierende und Lehrende sind nicht gut. Die Regelstudienzeit sollte künftig den inhaltlichen Anforderungen des Studienfachs flexibel angepasst werden. Das Missverhältnis zwischen der Zahl der Bachelorabsolventen und der Zahl der Masterstudienplätze hat zur Folge, dass das Potenzial vieler junger Menschen brach liegt. Deshalb ist es Ziel eines SPD-geführten Senats, dass allen Bachelorabsolventen ein Masterstudiengang offen steht. Den notwendigen weiteren Wandel der Lern- und Lehrkultur wollen wir unterstützen. Exzellente Lehre soll als Qualitätskriterium eine zentrale Rolle in den Ziel- und Leistungsvereinbarungen spielen.

Hochschulgesetz reformieren

Hochschulautonomie verlangt demokratische Strukturen in den Hochschulen. Unter sozialdemokratischer Verantwortung werden die gewählten Hochschulgremien die Entscheidungskompetenz über grundlegende Fragen wie z.B. die Wahl der Hochschulpräsidenten und Kanzler zurückerlangen.

Bauliche Situation der Hamburger Hochschulen verbessern

Ein SPD-geführter Senat wird ein verlässliches Programm zur baulichen Entwicklung auflegen, das sich an den Aufgaben der Universität in Lehre und Forschung orientiert und eine klare Perspektive mit Neubauten und einer raschen Modernisierung von wichtigen Gebäuden bietet. Die Diskussion um die räumliche Verlegung der Universität hat die bauliche Situation der anderen Hamburger Hochschulen lange Zeit ungerechtfertigt in den Hintergrund treten lassen. Auch sie brauchen eine verlässliche Perspektive für ihre bauliche Entwicklung.

Hochschulen für Berufstätige öffnen und Weiterbildung ausbauen

Moderne Hochschulen profitieren von der Durchlässigkeit zwischen beruflicher und hochschulischer Bildung. Wir werden daher eine hochschulübergreifende Beratungsstelle für beruflich Qualifizierte und an Weiterbildung Interessierte schaffen. Wir wollen Hamburgs Hochschulen konsequent für Berufspraktiker öffnen. Dazu gehört die Aufnahme von Anrechnungsregelungen von beruflichen Qualifikationen in die Prüfungsordnungen der Hochschulen, der Ausbau berufsbegleitender Studiengänge sowie eine intensivere Information und Beratung. Unser Ziel ist es, die Quote von auf diesem Weg zum Studium gelangten Akademikerinnen und Akademikern von gegenwärtig unter einem Prozent zu verzehnfachen.

Gute Arbeit in der Wissenschaft

Voraussetzung für exzellente Forschung und Lehre ist gutes und engagiertes Personal an den Hochschulen, nicht zuletzt bei der Bewältigung des erhöhten Betreuungsaufwands in den Bachelorstudiengängen. Wir wollen die Zahl prekärer Beschäftigungsverhältnisse beim wissenschaftlichen und nicht-wissenschaftlichen Personal einschränken.

Harburg/Süderelbe fördern

Wir wollen die Technische Universität in ihrer Bedeutung als Schrittmacherin für den Süden Hamburgs stärken. Wohnungen für Studierende in Harburg und einen Innovations-Campus werden wir gezielt unterstützen.

WIR IN HAMBURG

In Hamburg leben Menschen unterschiedlicher Herkunft, eigenen Biografien, individuellen Ansprüchen und Wünschen. Wir sind Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Beamte und Unternehmer. Wir sind Männer und Frauen. Wir sind Junge und Alte. Wir sind Kinder, Schülerinnen und Schüler oder Studierende. Wir machen eine Lehre. Viele leben seit Generationen in Hamburg, manche kommen aus anderen Teilen Deutschlands und der Welt. Wir sind Hamburg. Die Lebensqualität Hamburgs wird davon bestimmt, inwieweit es gelingt über alle unterschiedlichen Lebenslagen hinweg den Zusammenhalt zu stärken.

CHANCEN DES ALTERS NUTZEN

Wir wollen, dass sich in Hamburg alle Generationen sicher und wohl fühlen. Selbstständigkeit und Selbstbestimmung bis ins höchste Alter hinein sind zentrale Ziele. Wir wollen das nachbarschaftliche Engagement und Ehrenamt fördern und ausbauen. Es gibt viele Seniorinnen und Senioren, deren Leben durch finanzielle, gesundheitliche und soziale Faktoren eingeschränkt ist. Wir werden einen umfassenden Handlungsplan entwickeln, der ältere Menschen in Hamburg darin unterstützt, möglichst lange selbstbestimmt in ihrem eigenen Wohnraum zu leben. Dafür sind bezahlbare Wohnungen und eine soziale und städtebaulich barrierefreie Infrastruktur nötig. Wir wollen die schleppende Umrüstung der Bahnhöfe beschleunigen. Auch barrierefreier Wohnraum ist Mangelware. Wir wollen möglichst viele Wohnungen in denen Ältere leben altersgerecht umbauen. Beratungsstellen in den Bezirken sollen ein Leben im eigenen Wohnraum unterstützen. Deshalb werden wir auch die verschiedensten ambulanten Hilfsdienste koordinieren und sicherstellen, dass alle Älteren, unabhängig von ihrem Einkommen, einen Zugang zu einer guten Gesundheitsinfrastruktur haben. Für ein aktives Leben im Alter ist Sicherheit im öffentlichen Raum von großer Bedeutung.

TEILHABE VON MENSCHEN MIT BEHINDERUNG

In Hamburg sollen alle Menschen gut leben. Gerade Menschen mit Behinderung stoßen aber oft auf Hindernisse, wenn sie sich in der Stadt selbstbestimmt bewegen wollen. Das wollen wir ändern. Wir legen daher einen Landesaktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention auf, der die Betroffenen und ihre Verbände als Expertinnen und Experten in eigener Sache in alle Planungen und Maßnahmen auf allen Ebenen der

Entwicklung, Umsetzung und Überwachung der Behindertenrechtskonvention eng konsultiert und einbezieht.

Alle Bereiche staatlichen Handels sind dabei betroffen. Vom Bildungssystem über den Nahverkehr, den Bereich Bauen und Wohnen, Tourismus, Arbeitswelt: In allen Bereichen muss das selbstverständliche Recht von Menschen mit Behinderungen auf Teilhabe auch praktisch umgesetzt werden.

GLEICHSTELLUNG IN HAMBURG

In der Hamburgischen Verfassung ist die Gleichstellung von Männern und Frauen zwar verankert, in der Realität ist dieses Ziel aber noch nicht erreicht. Die SPD will die Gleichstellung von Männern und Frauen zu einem gesellschaftlichen Reformprojekt in Hamburg machen. Deshalb werden wir in der Hamburger Verwaltung eine klare Zuständigkeit für diese Aufgabe schaffen. Es geht um eine neue Balance von Arbeit und Familie. Der Arbeitsmarkt ist kinderunfreundlich. Mutterschutz und Elternzeit führen noch immer zu einem Karriereknick mit dauerhaften Gehaltseinbußen. Frauen verdienen weniger als Männer, auch wenn sie gleichwertige Arbeit verrichten. Wir wollen, dass jede Frau und jeder Mann über den eigenen Lebensentwurf frei entscheiden kann. Dazu gehört es, die Rahmenbedingungen für die Erwerbstätigkeit von Frauen zu verbessern.

Aktionsprogramm Frau im Beruf

Ein SPD-geführter Senat wird ein Aktionsprogramm Frau im Beruf starten. Zu diesem Programm gehören die Weiterentwicklung des Hamburger Gleichstellungsgesetzes sowie eine geschlechtergerechte Besetzung von öffentlich-rechtlichen Beratungs- und Beschlussgremien und in Aufsichtsgremien von Unternehmen im Mehrheitsbesitz Hamburgs. Wir werden über den Bundesrat eine Gesetzesinitiative starten, deren Ziel die Umsetzung einer gleichen Bezahlung von Frauen und Männern bei gleichwertiger Arbeit ist. Wir werden sicherstellen, dass Berufs- und Ausbildungsfördermaßnahmen auf die besonderen Bedürfnisse von Mädchen, Frauen und Alleinerziehenden abgestimmt sind. Die von uns verfolgten Ziele des Ausbaus von Kinderbetreuungsangeboten und des Ausbaus von Ganztagschulen sind auch ein unverzichtbarer Rahmen, um bei der beruflichen Entwicklung von Frauen in Hamburg weiterzukommen.

Landesaktionsplan gegen Gewalt an Frauen

Gewalt an Mädchen und Frauen gibt es in Hamburg täglich. Geschlechtsspezifische Gewalt muss daher offen angesprochen werden. Maßnahmen zum Schutz von Frauen vor Gewalt werden wir in einen eigenständigen Landesaktionsplan bündeln. Wir wollen die Einrichtung eines Sonderdezernats bei der Staatsanwaltschaft; Kampagnen und Maßnahmen rund um den Arbeitsplatz, um Frauen auch dort vor Verfolgungen und Bedrohungen durch den Partner zu schützen; die Sicherung ausreichender Hilfestrukturen wie Frauenhäuser; Hilfen für Opfer, gerade beim Frauenhandel sowie die Fortführung der bestehenden Ansätze gegen Zwangsheirat. Interkulturelle Gewaltberatungsstellen werden so ausgestaltet, dass sie ihren Aufgaben auch gerecht werden können.

GLEICHGESCHLECHTLICHE LEBENSWEISEN

Wir setzen uns für eine Gleichstellung der eingetragenen Lebenspartnerschaft mit der Ehe ein und streben die Öffnung der Ehe an. Dies umfasst auch das volle Adoptionsrecht. Darüber hinaus treten wir für eine Erweiterung von Art. 3 des Grundgesetzes um die sexuelle Identität ein. Toleranz gegenüber queeren Lebensformen ist für uns nicht nur eine Frage der Gesetzgebung, sondern muss schon bei der Bildungspolitik – vor allem in den Schulen – ansetzen. Wir werden weiter darauf hinwirken, dass unterschiedliche Lebensentwürfe gesellschaftlich anerkannt und akzeptiert werden. Wir werden die bewährten schwul-lesbischen Einrichtungen in Hamburg, wie zum Beispiel Hein und Fiete, die Aids-Hilfe, das Magnus-Hirschfeld-Centrum, das Junglesbenzentrum und die lesbisch-schwulen Filmtage unterstützen und fördern.

KIRCHEN IN HAMBURG

Die christlichen Kirchen nehmen mit ihren diakonischen Einrichtungen, ihren Kitas und ihren Schulen wichtige soziale Aufgaben in unserer Stadt wahr, die für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft unerlässlich sind. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wissen, dass der Staat nicht alles richten kann, und unterstützen daher das professionelle und das große ehrenamtliche Engagement konfessioneller Träger in der Kinder- und Jugendarbeit, in der Armutsbekämpfung und in der Pflege. Uns sind aber auch Worte und Taten der Kirchen in den Stadtteilen und für die Benachteiligten wichtig. Darin sehen wir Beiträge für ein gutes Miteinander in Hamburg, das wir fördern werden und nicht wie vergangene Senate als lästige Einmischung ansehen.

INTEGRATION IN HAMBURG MIT SEINER VIELFALT STÄRKEN

Die Integration von Bürgerinnen und Bürgern mit Migrationshintergrund ist eine der großen Herausforderungen für Hamburg. Wenn Integration gelingt, kommt die Stadt voran. Klar ist: Das Potenzial, welches in der wachsenden Gruppe der Hamburgerinnen und Hamburger mit Migrationshintergrund liegt, müssen wir endlich gemeinsam nutzen. Klar ist aber auch: Nicht alles ist gut und Integration funktioniert nicht von alleine. Vor Problemen und Konflikten verschließt die SPD nicht die Augen: Wir akzeptieren es nicht, wenn unsere demokratischen Grundwerte, egal von welcher Seite, nicht geachtet werden, was bei der überwältigenden Mehrheit der Hamburger Bevölkerung aber auch kein Problem darstellt. Doch neben vielen unzweifelhaft guten Ansätzen in den Stadtteilen haben sich in den letzten Jahren auch Lebensbedingungen entwickelt, die nicht hinnehmbar sind: Die wachsenden Unterschiede zwischen Armen und Reichen aber auch die großen Unsicherheiten in der Mittelschicht fördern in hohem Ausmaß Abschottungstendenzen.

Arbeitsmarkt

Aus dem Ausland mitgebrachte Abschlüsse bzw. Berufserfahrungen dürfen nicht unbeachtet bleiben. Die Verfahren, diese Abschlüsse zu überprüfen und sie ggf. anzuerkennen bzw. Nachqualifizierung zu empfehlen, müssen beschleunigt werden. Wir unterstützen die notwendigen bundesgesetzlichen Regelungen. Und wir werden für eine unbürokratische und schnelle Anerkennungspraxis in Hamburg sorgen.

Frühkindliche Förderung

Der möglichst frühe Kita-Besuch von Kindern mit Migrationshintergrund fördert sowohl soziale Integration als auch zukünftigen Bildungserfolg. Auch deshalb ist der von uns verstärkte Ausbau der Kitaplätze unverzichtbar. Außerdem ist eine frühere Sprachstanderhebung geboten. Denn in der Kita kann spielerisch und mit besonderem Fokus Kindern mit Sprachproblemen geholfen werden, die deutsche Sprache zu erlernen.

Bildung

In Zukunft muss das Elternhaus stärker in die Schulen eingebunden werden. Die Schulen müssen den Hintergrund jeder einzelnen Schülerin und jedes einzelnen Schülers kennen, um entsprechend darauf reagieren zu können. Eltern müssen ihre Kinder unterstützen. Sie sollten Hilfe suchen und annehmen, wo sie selbst nicht helfen können.

Vereinbarung mit Muslimen

Wir halten die Idee einer Vereinbarung der Stadt mit den muslimischen Gemeinden für vernünftig. Insofern sind die Verhandlungen weiter zu führen. Die Moscheen sollten stärker eingebunden werden, um sich mit den Herausforderungen im Bereich der sozialen Dienste, der Pflegeeinrichtungen und des demografischen Wandels auseinanderzusetzen. Bestattungsdienste, Seelsorge und Pflege werden auch für die muslimische Bevölkerung Hamburgs eine größere Rolle spielen. Wir wollen die hamburgische Tradition des Religionsunterrichts für Alle fortsetzen und die Weichen für die Ausbildung von Religionslehrerinnen und -lehrern unterschiedlicher Religionen stellen.

ÖFFENTLICHER DIENST UND MITBESTIMMUNG

Der öffentliche Dienst ist für unser Gemeinwesen unverzichtbar. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt leisten engagierte Arbeit. Sie haben Anspruch auf faire Arbeitsbedingungen. Die SPD steht zur Mitbestimmung im öffentlichen Dienst. Mit einer Novelle des Personalvertretungsgesetzes werden wir die Personalvertretung stärken. Die Personalräte sollen wieder als Partner bei der Organisation einer guten Verwaltung wahrgenommen werden und effektive Mitspracherechte erhalten.

OBDACHLOSIGKEIT ÜBERWINDEN

In Hamburg leben zurzeit über 1.000 Menschen auf der Straße. Hinzu kommen noch ca. 3.000 Wohnungslose in Unterkünften und Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe. Die verdeckte Zahl der Obdach- und Wohnungslosen ist viel höher als in den vergangenen Jahren. Schon seit dem Sommer 2010 sind die öffentlich-rechtlichen Unterkünfte für Wohnungslose und Flüchtlinge überfüllt. Das hat mehrere Gründe: In Hamburg sind bezahlbare Wohnungen kaum neu anzumieten. Deshalb können nur sehr wenige wohnungslose Menschen aus den öffentlichen Unterkünften in privaten Wohnraum vermittelt werden. Dazu kommt die starke Zunahme von Flüchtlingen seit der Mitte dieses Jahres. Deshalb reichen die 200 zusätzlichen Schlafplätze des Winternotprogramms für Obdachlose nicht aus. Das alles war dem Hamburger CDU-Senat bestens bekannt. Trotzdem hat er entschieden, mit viel zu wenigen Notschlafplätzen in den Winter zu gehen. Erst sehr spät hat der Senat mit der Öffnung des Bunkers am Hachmannplatz, reagiert, nachdem ein obdachloser Mann in Hamburg fast gestorben wäre. Wir werden dafür sorgen, dass die öffentliche Unterbringung Wohnungsloser und auf der Straße lebende Obdachloser kurzfristig dem drängenden Bedarf angepasst wird,

und wir werden spezielle Programme für diejenigen Obdachlosen entwickeln, die wieder lernen müssen, in einer eigenen Wohnung zu leben.

KULTURMETROPOLE HAMBURG

Demokratische Gesellschaften brauchen die Auseinandersetzung mit den Künsten. Wir bekennen uns zur staatlichen Verantwortung für kulturelle Bildung und zum Erhalt künstlerischer Freiräume – auch damit die Kultur allen offen steht. In der Begegnung mit den Künsten werden Kreativität und Flexibilität, Wahrnehmungssensibilität, emotionale Intelligenz und Mut zur eigenen Meinung, Offenheit und Toleranz herausgebildet. Ausgaben für Kultur sind Investitionen in die Zukunft. Es geht um die Mündigkeit der Bürgerinnen und Bürger.

Hamburg muss Kulturmetropole sein

Wir stoppen die Abwärtsspirale Hamburgs als Kulturmetropole. Wir kehren den Negativ-Trend von Kürzungen, Streichungen und Schließungen wieder um und sorgen dafür, dass die Künstler und Kulturschaffenden mitsamt ihren Einrichtungen eine verlässliche Planung und auskömmliche Finanzierung vorfinden. Wir werden Hamburg als Kulturmetropole stärken – mit hochkarätigen Festivals, international beachteten Theaterinszenierungen, einer attraktiven und lebendigen Musik- und Museumsszene. Wir werden dafür Sorge tragen, dass Bau und Betrieb der Elbphilharmonie die gewachsene Kulturförderung nicht beeinträchtigen. Wir wollen den Dialog mit den Kulturschaffenden fördern. Wir wertschätzen sie in ihrer Bedeutung für die Stadt und begrüßen es ausdrücklich, wenn Künstler Konflikte, Brüche, Kritik thematisieren, formulieren und auf den Punkt bringen. Wir setzen uns ein für eine aktive Vernetzung von Lebens- und Erlebniswelten, wollen kreative Konfrontationen fördern statt abgegrenzte Milieus von einander zu isolieren.

Museen und Theater

Wir brauchen attraktive Museen, die ihren Aufgaben Präsentieren, Sammeln, Bewahren und Forschen in vollem Umfang nachkommen können. Die Museen sollen wieder zu kulturellen Höhepunkten in der Hansestadt werden. Statt Museen schließen zu wollen, wie das Altonaer Museum, müssen die Hamburger Museen auskömmlich finanziert werden.

Was auf Hamburgs Bühnen gespielt, diskutiert, vorgedacht und ausprobiert wird – das soll den Ruf der Stadt als Kulturmetropole prägen. Wir setzen auf programmatische Qualität und Vielfalt und bekennen uns zu einer soliden öffentlichen Finanzierung.

Gute Bedingungen für Künstlerinnen und Künstler

Wir sorgen dafür, dass Hamburgs Kunst und Hamburger Künstlerinnen und Künstler international sichtbar werden, indem wir dafür (Ausstellungs-) Räume und Präsentationsmöglichkeiten schaffen und fördern. Wir wollen über eine Bundesratsinitiative Kunstkäufe erleichtern und die Wertigkeit der Kunstpreise vervielfachen.

Und wir wollen, dass Musik und Musikerinnen und Musiker aus Hamburg national und international bekannt werden, indem wir Auftrittsmöglichkeiten für junge Musiker schaffen und fördern, die Clubs stärken, eine Exportförderung für Musiker entwickeln und die Studienplätze erweitern. Wir passen die Grundsicherung für Arbeit suchende Kulturschaffende an ihre Bedürfnisse nach Berliner Vorbild an. Sie müssen die Grundlagen ihrer Berufstätigkeit sichern können und sollen nicht Ateliers aufgeben oder Instrumente veräußern müssen.

Geschichtswerkstätten und Stadtteilkulturzentren

Wir brauchen attraktive und selbstbewusste Stadtteilkulturzentren und Geschichtswerkstätten, die wir angemessen ausstatten.

Stiftung Hamburger Öffentliche Bücherhallen

Wir bauen die HÖB zu attraktiven Lese- und Lernorten aus, weiten das Angebot an neuen Medien aus, stärken die Stadtteilbibliotheken. Die SPD wird für den Erhalt der Bücherbusse, längere Öffnungszeiten und eine hohe Erneuerungsquote an allen Standorten sorgen.

Förderung der freien Szene und der Off-Kultur

Wir wollen für die Subkultur (Frei-) Räume für innovative künstlerische Prozesse schaffen und setzen nicht nur auf Großprojekte und -Events. Auch die so genannte „freie Szene“, vielfältige, alternative und kreative Kulturschaffende und -projekte gehört untrennbar zur Kultur Hamburgs. Wir wollen ihren Bestand sichern und dafür sorgen, dass freie Künstlerinnen und Künstler in unserer Stadt Unterstützung erhalten und Förderung genießen.

Privatwirtschaftliche Kulturbetriebe

Hamburg verfügt über eine Vielzahl lokal und bundesweit agierender Kulturbetriebe. Hierzu zählen Konzert- und Musicalveranstalter, Plattenlabels. Museen, Privattheater sowie privatwirtschaftlich geführte Spielstätten aller Art. Diese nicht subventionierten Betriebe und deren Veranstaltungen stellen einen Großteil des Kultur- und Freizeitangebotes der Stadt dar. Ziel muss es sein, deren Wettbewerbsfähigkeit zu stärken.

Medien

Wir wollen, dass Hamburg sich für die Interessen der Medien- und Kreativwirtschaft auf allen Ebenen einsetzt, um die bestmöglichen Rahmenbedingungen für deren positive Entwicklung herbeizuführen. Hierzu werden wir die erforderlichen Maßnahmen zur Förderung der Medienkompetenz ergreifen und die Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten zur Qualifizierung für Aufgaben in der Medien- und Kreativwirtschaft weiter ausbauen. Die städtischen Kompetenzen in Sachen Medienpolitik sollen gebündelt werden. Die vielfältigen und erfolgreichen

Initiativen der Stadt sollen unter dem Gesichtspunkt der Medienkonvergenz ausgerichtet werden, da das Zusammenwachsen der Mediengattungen und deren Verknüpfung mit der IT-Branche der zentrale Wandel in der Medien- und Kreativwirtschaft ist

Denkmalschutz

Denkmalschutz macht Hamburg lebenswert und bekommt deswegen wieder einen höheren Stellenwert in der Stadt. Wir werden das so genannte „ipsa-lege“-Prinzip einführen, mit dem denkmalwürdige Objekte durch Veröffentlichung einer nachrichtlichen Denkmalliste per Gesetzeskraft geschützt werden.

HAMBURG BEWEGT SICH

Die SPD steht an der Seite aller Hamburger Sportlerinnen und Sportler. Wir stehen zu einer verlässlichen und zukunftsorientierten Sportförderung, die Hamburg an die Spitze der Sportentwicklung in Deutschland bringt. Wir erkennen die Autonomie des organisierten Sports als wesentlichen Leistungsträger der Sportentwicklung an. Wir fördern mit unserer Politik die Innovationskraft des gemeinnützigen Sports als Pfeiler demokratischer Gesellschaftsentwicklung. Sport hat für uns eine zentrale Querschnittsfunktion in zentralen gesellschaftlichen Feldern wie Integration, Bildung, Gesundheit, Lebensqualität und Stadtplanung und stellt einen relevanten Standortfaktor für Hamburg dar.

Ausbau der Sportinfrastruktur

Hamburgs Sportstätten müssen bedarfsgerecht ausgebaut und saniert sowie auskömmlich finanziert werden. Die Nutzung der Sportstätten muss für die Vereine entgeltfrei bleiben. Eine Optimierung der Verwaltung der Sportstätten, die Öffnung von Sportstätten sowie die Einführung eines Masterplans Sportstättenanierung sind notwendig.

Sport ist Bildung

Die SPD will den schulischen Bildungsauftrag auch für das Schulfach Sport uneingeschränkt beibehalten. Neben dem staatlichen Bildungsauftrag unterstützen wir die zahlreichen informellen Bildungsaufgaben des Sports. Wir wollen die Kooperationen zwischen Schulen, Kitas und Vereinen vor allem auch vor dem Hintergrund eines ganztägigen Lernens ausbauen, mit dem Ziel, möglichst vielen Kindern und Jugendlichen Spaß am lebenslangen Sporttreiben zu vermitteln. Vor allem die Verbesserung der Schwimmfähigkeit und eine breite motorische Ausbildung müssen im Fokus der kindlichen Entwicklung stehen.

Sport verbindet

Mit uns wird die Integrationskraft des Sports gestärkt. Wir unterstützen den Ausbau und die langfristige Sicherung von Programmen, wie „Kids in die Clubs“, die es allen Bevölkerungsgruppen unabhängig von Geschlecht, Herkunft oder finanzieller Situation ermöglichen, Sport zu treiben. Wir fördern die integrierende Kraft der Sportvereine.

Stärkung des Gesundheitssports/„Bewegung macht fit“

Die Hamburger SPD wird die gesundheitsorientierten Angebote der Vereine und Verbände stärken und die unterschiedlichen Institutionen und Ideen der Stadt bündeln, um ein Netzwerk des Gesundheitssports aufzubauen und zu fördern. Im betrieblichen Rahmen gilt es, die Bedeutung von Bewegung zusammen mit den Arbeitgebern zu unterstützen.

Großveranstaltungen und Leistungssport

Hamburg hat das Potenzial zur Ausrichtung Internationaler Sportwettkämpfe. Daraus leiten wir die Aufgabe ab, langfristig Strukturen und Bedingungen zu schaffen, die eine Bewerbung Hamburgs um die Ausrichtung internationaler Sportwettbewerbe, einschließlich einer etwaigen Olympiabewerbung, aussichtsreich erscheinen lässt. Es muss uns darum gehen, uns um internationale Sportveranstaltungen erfolgreich zu bewerben und diese mit einem Nutzen für die Sportentwicklung in Hamburg (Verknüpfung von Spitzensport mit Breiten-, Schul- und Sport für Menschen mit Behinderung) zu verbinden. Hamburg muss als Standort für Spitzensportler attraktiv werden und die Rahmenbedingungen für duale Karrieren müssen verbessert werden.

INNERE SICHERHEIT IN HAMBURG STÄRKEN

Die innere Sicherheit ist elementarer Bestandteil von Freiheit und Demokratie. Ein SPD-geführter Senat wird für den Schutz der Hamburgerinnen und Hamburger sorgen. Gerade in den letzten Jahren wurden bei der Polizei vor allem dort Stellen abgebaut, wo sie für die Bürgerinnen und Bürger da ist - in den Polizeikommissariaten vor Ort. Aber auch an anderer Stelle, etwa bei der Bereitschaftspolizei oder dem Landeskriminalamt, sind die Personalengpässe spürbar. Parallel hat die Gewalt in den letzten Jahren besonders auf offener Straße deutlich zugenommen. Auch die Zahl der Wohnungseinbrüche ist in Hamburg besorgniserregend angestiegen.

Polizeipräsenz ausbauen

Um entschlossen gegen Kriminalität in Hamburg vorzugehen, wird ein SPD-geführter Senat für mehr Präsenz der Polizei an den Brennpunkten der Stadt sorgen. Die Zahl der Polizeivollzugskräfte in den Polizeikommissariaten wird daher um 100 erhöht, bei gleichzeitiger Reduzierung der entsprechenden Stellen in zentralen Einheiten, Stäben und Intendantzbereichen. Kein Polizeikommissariat wird geschlossen – es wird mit uns keinen weiteren Rückzug aus der Fläche geben.

Wir starten eine Ausbildungsoffensive für unsere Polizei. Für jeden ausscheidenden Polizeibeamten wird eine neu ausgebildete Nachwuchskraft bereit stehen. Mit dieser Ausbildungsoffensive wollen wir so schnell wie möglich jedes Jahr 250 neue Polizeianwärterinnen und Polizeianwärter einstellen. Wir wollen auch den Anteil der Polizistinnen und Polizisten aus nicht-deutschen Herkunftsfamilien ausbauen.

Jugendgewalt verhindern

Wir werden ein neues Konzept gegen Jugendgewalt auflegen und umsetzen, das u.a. eine wesentlich frühere Intervention schon bei den unter 14jährigen (z.B. mit konsequenter Durchsetzung des Schulbesuchs), verbindlichere Anti-Gewalt-Trainings, mehr und schnellerer Fallkonferenzen aller beteiligten Behörden, eine Bündelung der Zuständigkeiten in „Häusern des Jugendrechts“ in zwei Pilotbezirken, die Schaffung einer intensivpädagogischen Einrichtung für besonders gewaltauffällige Jugendliche im Nordverbund, die verstärkte Durchsetzung des Jugendschutzes zur Bekämpfung des Alkoholmissbrauchs, eine Entwaffnungsstrategie für die Stadt (mit zusätzlichen Waffenverbotszonen und einer breit angelegten öffentlichen Kampagne), schnellere Jugendstrafverfahren sowie eine Stärkung des Opferschutzes bei Jugendgewalt vorsieht.

Mehr Sicherheit im Nahverkehr

Mit unserem Konzept „Bahnsteigkante“ soll mit zusätzlichem Sicherheitspersonal beim Hamburger Verkehrsverbund (HVV) die Sicherheit im öffentlichen Personennahverkehr gestärkt werden. Dazu gehört auch die Zusammenführung der verschiedenen Sicherheitsdienste der Verkehrsunternehmen in einer Hand sowie ein Alkohol- und Waffenverbot.

Bekämpfung von Wohnungseinbrüchen und Wirtschaftskriminalität wird Schwerpunkt. Angesichts der Zuwächse beim Wohnungseinbruch muss Hamburg neue Wege bei der Einbruchsbekämpfung gehen. Dazu wird die SPD u.a. das in Bremen erfolgreich angelaufene Projekt der so genannten künstlichen DNA bereits in 2011 in Hamburg starten.

Verbrechen darf sich nicht lohnen. Daher werden wir die Bekämpfung von Organisierter Kriminalität, von Wirtschafts- und Internetkriminalität sowie von Korruption zum Schwerpunkt in Hamburg machen. Dazu gehören die Einführung eines effektiven Korruptionsregisters, die Sensibilisierung der Öffentlichkeit durch Lageberichte, Internetzugänge für alle Polizeicomputer als Sofortmaßnahme, verbesserte Einstellungsbedingungen für externe Expertinnen und Experten (Wirtschaftswissenschaftler, Techniker etc.) im Landeskriminalamt und die Intensivierung der Vermögensabschöpfung und eine gemeinsame Verfahrensstrategie von Polizei und Justiz bei Wirtschaftsstrafsachen nach dem Vorbild Bremens.

Extremismus bekämpfen

Wir werden nicht tatenlos zusehen, wenn Extremisten in Hamburg ihr Unwesen treiben. Zur Bekämpfung rechtsextremistischer Tendenzen wird ein SPD-geführter Senat ein Landesprogramm gegen Rechts auflegen. Ein Verbot der NPD würde bei der Bekämpfung des rechten Extremismus helfen. Wir werden aber auch dem gewalttätigen Linksextremismus und allen anderen Formen von Extremismus und Terrorismus konsequent mit der Härte des Gesetzes begegnen.

Feuerwehr und Katastrophenschutz ernster nehmen

Ein SPD-geführter Senat wird die nicht-polizeiliche Gefahrenabwehr (Feuerwehr und Katastrophenschutz) ernster nehmen und stärker wert schätzen als bisher. So wird es mit uns keine weiteren Stellenstreichungen bei der Berufsfeuerwehr geben. Mehreinnahmen im Rettungsdienst müssen konsequent auch in neue Einsatzkräfte investiert werden.

Der Sanierungsstau bei den Häusern der Freiwilligen Feuerwehren muss aufgelöst werden – er ist den Ehrenamtlichen teilweise nicht mehr zumutbar. Im Rahmen der Förderkonzepte zur energetischen Gebäudesanierung ist ein Segment für diese Häuser mit auszuweisen, um Klimaschutz- und Feuerwehrbelange stärker zusammenzubringen.

Einsatzkräfte von Polizei und Feuerwehr schützen

Gewalttätigkeiten gegen Polizeibeamte, Feuerwehrleute und Rettungskräfte werden wir strenger ahnden, solchen Taten vorbeugen und den Einsatzkräften beiseite stehen. Wir setzen nicht nur auf Strafschärfungen, sondern auch auf die Fürsorgepflicht des Dienstherrn.

DEMOKRATIE IN HAMBURG

Hamburg hat eine lange republikanische Tradition. Und demokratisches Denken hat sich hier schon lange durchgesetzt.

Diese Traditionen werden wir weiterentwickeln. Wir bekennen uns zu den neuen Möglichkeiten der Volksgesetzgebung. Dass Hamburgs Bürgerinnen und Bürger Gesetze beschließen oder andere Initiativen starten können, soll unangetastet bleiben. Der laufende Reformprozess für die bezirklichen Bürgerbegehren soll weitergeführt werden.

Und wir halten es für einen demokratischen Vorzug, dass die Stadt nicht alleine von Bürgerschaft und Senat regiert wird. Wir werden die Bezirke in Hamburg stärken.